Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 216. Montag, den 15. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Moderner Byzantinismus.

Wer seine Vergangenheit nicht kennt oder sie vergißt und verleugnet, der verdient keine Zukunft. Niemals konnte dies wohl mit mehr Berechtigung vom deutschen Bürgertum gesagt werden, als in diesem Moment, da ganz Deutschland von rauschenden Festen widerhallt, wo die Erinnerung an den vor hundert Jahren stattgefundenen „Freiheitskrieg“ gegen Napoleon gefeiert wird. Gedankenlos und servil strömt das Bürgertum zu diesen Festen und feiert dort gewissermaßen seine eigene Schmach. Denn es hat vollkommen vergessen, daß es nach dem großen Kampfe und nach dem Sturze der napoleonischen Militärdiktatur, der so furchtbare Opfer erforderte, um den Siegespreis geprellt worden ist. Es hat vergessen, daß der preußische König und der russische Zar am 28. März 1813 in dem bekannten Aufruf von Kalisch versprochen hatten, ein freies und selbständiges Deutschland herzustellen; man glaubt aber heute gern einigen dreisten Schönfärbern, welche behaupten, dieser historische Aufruf sei eine Fälschung gewesen. Der König von Preußen versprach nachher noch seinen Untertanen eine richtige Verfassung. Nachdem das Volk in blutigem Kampfe die Kronen der Fürsten gerettet, wurden alle diese Versprechungen schmählich gebrochen; statt eines freien und unabhängigen Deutschlands kam die alte Junkerherrschaft wieder und an Stelle des Erben der französischen Revolution herrschte die heilige Allianz in Europa, auf dem die lange Finsternis einer öden Reaktion lag. Erst durch die Revolution von 1848 konnte die Erfüllung der Versprechungen von 1813 und 1815 zum Teil wenigstens erzwungen werden. Das freie Deutschland ist heute noch ein Traum.

Diese Lehren der deutschen Geschichte sind eindringlich genug, aber beim deutschen Bürgertum sind sie nicht eingedrungen. Sonst würde es nicht so massenhaft zu diesen Festlichkeiten strömen, wo Bureaukratie, Pfaffen, höhere Schulmeister und Reaktionäre aller Art sich der Situation bemächtigt haben und bemüht sind, als die Hauptperson der großen Zeit den damaligen König von Preußen zu verherrlichen. Selten hat ein Fürst in solch großem Moment eine kläglichere Rolle gespielt, als gerade dieser König, der nur durch das Bündnis mit Rußland und durch das Ungestüm einiger seiner Generale und Staatsmänner gezwungen werden konnte, die Gelegenheit zu ergreifen und den Kampf gegen Napoleon zu wagen. Eine ungeheure Geschichtsfälschung schwebt wie eine düstere Wolke über den meisten dieser Festlichkeiten. Es gibt in der deutschen Vergangenheit nur wenige Volkstriumphe. Aber auch diese wenigen werden von den reaktionären Geschichtsfälschern in ihr Gegenteil verkehrt und solchen „Autoritäten“ wird von dem Bürgertum am meisten geglaubt.

Die Hochgeborenen von ehemals machten gar kein Hehl daraus, mit welchem Hochmut sie auf das Volk herabsahen, das ihnen eben gut genug war, ihre Kronen zu retten. Als Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 1814 vor Paris eine Abteilung Landwehr vorgeführt wurde, die nach den Strapazen des Feldzuges nicht mehr parademäßig aussah, hatte dieser Landesvater weiter nichts zu sagen, als: „Schmutzige Leute!“ — Da war ja der österreichische Franz noch artiger, welcher nach diesem „Fürstenfreiheitskrieg“ meinte: „D' Völker san iezt aa wos!“

Aber nicht allein wurde das Volk um den Siegespreis betrogen — es mußten auch viele hervorragende Männer, die sich in dem großen Kampfe verdient gemacht, nachher die Niederträchtigkeit des nun wieder eingesetzten Junkerregiments empfinden. Den populären und bürgerlichen Elementen wurden ihre Verdienste mehr und mehr abgesprochen und dem Junkertum zugeschrieben. Hierfür sei ein interessantes Beispiel angeführt. In der Schlacht von Leipzig erstürmte die ostpreußische Landwehr unter dem Major Friccius das Grimmasche Tor, und die Stadt Leipzig setzte dem tapferen Führer dafür ein Denkmal. Friccius war ein liberaler Mann und wurde später darob gemaßregelt. Jetzt liest man vielfach, ein Major v. Mirbach, ein Angehöriger der bekannten Junkerfamilie, habe damals das Grimmasche Tor genommen. Ob die Leipziger nun das Friccius-Denkmal abbrechen werden?

Solche kleinen Züge sind sehr bezeichnend für jene Art von Geschichtsschreibung, welche sich auch eifrig bemüht, die Verdienste der von Scharnhorst und Rühle von Lilienstern organisierten preußischen Landwehr zu verkleinern und herabzusetzen. Auf diesem Wege kann man noch dahin gelangen, daß die ganze Erhebung von 1813 ausschließlich ein Werk desselben Junkertums war, dessen historische Größe durch die Katastrophe von 1806 so schön beleuchtet worden war! In Wahrheit mußte das Volk die Sünden der Junker gut machen.

Mit diesen Dingen wollen die klassenbewußten Arbeiter nichts zu tun haben, und sie beweisen dadurch, daß sie weit mehr historischen Sinn haben, als die Masse des Bürgertums, bei dem es natürlich Ausnahmen gibt, um so ehrenwerter, als sie an Zahl gering sind. Speziell der Sozialdemokratie ist natürlich die stets bereite Stinkbombe nachgeworfen worden, sie habe kein Verständnis für die großen Momente in der deutschen Geschichte. Das läßt uns kalt, und wenn noch tausendmal dreister gelogen wird, so werden wir uns doch nie dazu bewegen lassen, reaktionäre, spießbürgerliche und junkerliche Legenden als große Momente in der Geschichte Deutschlands zu betrachten. Die Sozialdemokratie, wenn sie die Tätigkeit Napoleons, als des Erben der großen Revolution, speziell in bezug auf Deutschland anders betrachtet, als die dressierten Franzosenfresser in der deutschen Gelehrtenschaft es tun, weiß die Revolution von 1813, soweit sie volkstümlich war, weit besser zu würdigen, als die heute zu den Erinnerungsfeiern sich drängenden herrschenden Klassen. Sie will, daß das Volk auch die richtigen Erfahrungen und Lehren aus jenen Ereignissen schöpfe, und zu diesem Zwecke weist sie immer wieder darauf hin, wie das Volk durch fürstliche Versprechungen damals getäuscht worden ist, während das servile Bürgertum von heute mit überlautem Geschrei gerade diejenigen samt ihren Helfershelfern verherrlicht, von denen diese Täuschung ausgegangen ist. Die Zukunft wird der Sozialdemokratie dafür dankbar sein, daß sie die historische Wahrheit nicht in den Weihrauchwolken des modernen Byzantinismus untergehen läßt.

Als einst versucht wurde, mit der sogenannten Lex Heinze der wissenschaftlichen und künstlerischen Betätigung die freie Bahn, soweit bei uns eine solche existiert, zu verrammeln, da sagte ein hervorragender Gelehrter, Kunst und Wissenschaft seien genötigt gewesen, sich unter die Fittige der Sozialdemokratie zu flüchten, durch deren Energie eine erfolgreiche Abwehraktion im Reichstage zustande kam. Wenn die historische Wahrheit sich nicht gleichfalls dahin flüchten könnte, so würde es mit der Zeit so weit kommen, daß das deutsche Volk einen vollständig falschen Begriff von seiner Vergangenheit bekäme und sich in den vielfach verschlungenen Wegen seines Entwicklungsganges nicht mehr zurechtfinden könnte. Diesem Unheil vorzubeugen, wollen wir auch unsern Teil beitragen. Die lächerliche Selbstüberschätzung der herrschenden Klassen, daß sie es seien, denen die Gesamtheit des Volkes die Höhe der Kulturentwicklung, die diese erreicht, verdanke, kann vor der historischen Wahrheit nicht bestehen. Die jeweilige Kulturhöhe ist das Werk der Gesamttätigkeit eines Volkes und sie wird durch die Herrschaft jener Klassen nur beeinträchtigt. Dies letztere unmöglich zu machen durch die Beseitigung der Klassenherrschaft überhaupt, dazu schöpfen die Völker die Initiative aus der Kenntnis der Vergangenheit und der historischen Wahrheit, die sie vor dem kindlichen Vertrauen in alle auf grobe Täuschung berechneten Vorspiegelungen der jeweiligen Machthaber schützt und schließlich den Weg zur Selbstregierung bahnen hilft.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Altnationalliberale Erfolge.

Die „Altnationalliberale Reichs-Korrespondenz“ des preußischen Landtagsabgeordneten Fuhrmann wirft die Frage auf, was durch die altnationalliberale Bewegung erreicht worden sei. Viel kann die Korrespondenz allerdings nicht aufzählen, unter den wirklichen oder vermeintlichen Erfolgen ist aber einer, der ganz besondere Beachtung verdient und zwar der Schutz der Arbeitswilligen. Die Erziehungsarbeit des Herrn Fuhrmann, die er im Interesse des industriellen Scharfmachertums vollzieht, scheint bei der nationalliberalen Reichstagsfraktion nicht ohne Erfolg geblieben zu sein. Zur Frage des Schutzes der Arbeitswilligen führt Herr Fuhrmann nämlich aus:

„Vom Regierungstische wird, des darf man gewiß sein, nicht wieder eine solche Erklärung abgegeben werden, wie in der letzten Tagung des Reichstags durch den Staatssekretär des Innern. Auch die nationalliberale Fraktion wird sich nicht mit der Ablehnung von Vorschlägen zur Besserung der Lage, die von anderen Parteien ausgehen, begnügen; sie wird es vermeiden, eine Stellung einzunehmen, die es den Gegnern erleichtert, ihr mangelndes Verständnis für die Gefahren einer Lage nachzusagen, die durch den Terrorismus sozialdemokratischer Organisationen und der dieser nahstehenden Gewerkschaften geschaffen ist. Also, wenn diese Dinge wieder im Reichstage erörtert werden, werden sie anders, mit größerem Ernst, mit eifrigem Suchen nach dem geeignetsten Wege zur praktischen Abhilfe erörtert werden. Diese Hoffnung ist nicht vage, sondern gründet sich darauf, daß schon heute in der öffentlichen Erörterung ein Umschwung der Meinungen zu bemerken ist. Die oft gerühmten „Industriekapitäne“ haben die Genugtuung, daß man ihren Sorgen heute mehr Beachtung schenkt. Das ist es, was sie sich wünschen, nicht Lobpreisungen in Versammlungsreden; sie wollen, um an das Epigramm des Dichters anzuknüpfen, weniger erhoben und fleißiger beachtet werden, wenn sie Anliegen vorbringen, die mit der Aufrechterhaltung der industriellen Stellung Deutschlands zusammenhängen.“

Wenn das richtig ist und wenn Herr Fuhrmann nicht nur aufgeschnitten hat, dann ist anzunehmen, daß der Zuchthausgesetzantrag der Konservativen, der beim Etat des Reichsamtes des Innern wieder eingebracht wird, diesmal auch die Unterstützung der großen Mehrzahl der Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion finden wird. Die Industriekapitäne könnten sonach mit ihrem Steuermann Fuhrmann vollauf zufrieden sein, denn es wäre ihm gelungen, die Fraktion an die Seite der Konservativen zu drängen. Im Frühjahr dieses Jahres sind es nur 10 Nationalliberale gewesen, denen der Gedanke eines neuen Zuchthausgesetzes so sympathisch war, daß sie ihm durch ihre Abstimmung ostentativ Ausdruck verliehen haben. Selbst wenn aber nun die ganze Fraktion für den konservativen Antrag stimmen sollte, dann würde er noch lange keine Mehrheit haben, weil das Zentrum aus sehr naheliegenden Gründen für einen solchen Antrag nicht eintreten kann. Die Gefahr besteht aber, daß, wenn eine größere Anzahl Stimmen sich auf den konservativen Antrag vereinigen, die Regierung sich bemüßigt fühlt, der Frage näher zu treten und eventl. dem Bundesrat einen dahinzielenden Gesetzentwurf unterbreitet. Herrn Furhrmann ist von liberaler Seite der Rat gegeben worden, er solle in das freikonservative Lager abschwenken; das hat er seinerzeit abgelehnt, denn er hatte sich zur Aufgabe gemacht, die nationalliberale Reichstagsfraktion nach rechts zu drängen und aus seiner erwähnten Kundgebung geht hervor, daß ihm das tatsächlich gelungen ist; bis zu welchem Grade, das allerdings wird erst die nächste Zukunft zeigen.

Die boykottierenden Fleischerinnungen.

Noch immer läßt die kommunale und genossenschaftliche Fleischversorgung die Herren Metzgermeister nicht zur Ruhe kommen. Obwohl fast allenthalben der Fleischverkauf durch die Städte wieder eingestellt worden ist, dürsten sie nach Rache gegen diejenigen Firmen, die während der Fleischteuerung an Behörden und an die Genossenschaften lieferten. Die neueste Nummer der „Allgemeinen Fleischerzeitung“ ziert folgendes Inserat:

„Fleischer-Innungen Deutschlands!

Macht gemeinsam Front gegen diejenigen Firmen, welche überseeisches Fleisch an Magistrate, Kommunen und Konsumvereine verkauft haben und jetzt nachträglich, nachdem der städtische Fleischverkauf fast überall Fiasko erlitten hat, versuchen, mit Euch ins Geschäft zu kommen, wo sie das Fleischergewerbe vorher schwer geschädigt und ausgeschaltet haben. Folgt dem Beispiel der Fleischerinnungen von

Charlottenburg, Berlin-Schöneberg,
Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Cöpenick,

und bestellt gemeinsam Euern Hammelfleischbedarf nur bei Firmen, die den Kommunen nie geliefert haben und für die Zukunft nie liefern werden. Laßt Euch bei Erteilung des ersten Auftrages eine diesbezügliche eidesstattliche oder schriftliche Versicherung geben. Also Kollegen die Augen auf!

Setzt Euch mit der Firma E.... in Verbindung, welche den Kommunen nicht verkauft und, soweit wir bisher beurteilen können, nur prima Hammelfleisch liefert.

Die Freie Schlachterinnung zu Charlottenburg,
J. A.: Gotthelf Paschke, Obermeister.
Die Freie Schlachterinnung zu Wilmersdorf,
J. A.: Karl Haller, Obermeister.
Die Freie Fleischerinnung zu Schöneberg,
J. A.: Max Ehrhardt, Obermeister.
Die Freie Fleischerinnung zu Cöpenick,
J. A.: Louis Helbig, Obermeister.“

Diese brutale Aufforderung zum Boykott wagen diese Herrschaften in demselben Blatte, in dem man auf jeder Spalte Berichte über den „Terrorismus“ der Gesellen lesen kann. Für die Kommunen mag diese volksschädliche Kundgebung der Fleischermeister ein Anlaß sein, nun die ihnen gegenüber bisher geübten Rücksichten endlich fallen zu lassen.

Die Karlsruher Postboten als Zentrums-Agitatoren.

Nachdem die Oeffentlichkeit durch die sozialdemokratische Presse auf die Verwendung der Karlsruher Postboten als Abonnentensammler für das Zentrumsblatt „Bad. Beobachter“ aufmerksam gemacht ist, läßt nicht etwa die Karlsruher Postverwaltung selbst, sondern der

„Bad. Beobachter" auf Wunsch der Postverwaltung eine Erklärung los, in der bestätigt wird, „daß die Geschäftsstelle des „Beobachter" der Post eine größere Anzahl Freiexemplare und Ueberweisungskarten zur Bestellung an gewisse Adressen überwiesen hat. Die Ueberweisungskarten seien auch verarbeitet und bei den aufgegebenen Adressen angefragt worden, ob sie auf den „Beobachter" abonnieren. Nachdem auf diese Weise festgestellt war, daß es sich um Probeexemplare handle, berief sich die Post auf eine Vorschrift, wonach nur 10 % der Postauflage einer Zeitung als Probeblätter aufgegeben werden dürfen, und stellte die Ueberweisungskarten der diesseitigen Geschäftsstelle wieder zurück, so liest man im „Bad. Beobachter". Es ist schon recht eigentümlich, wenn eine Reichsbehörde, von der in aller Oeffentlichkeit Aufklärung über ein Vorkommnis verlangt wird, diese Aufklärung in der recht sonderbaren Form gibt, daß der „Beobachter" auf Wunsch der Postverwaltung „aufklärt". Obendrein fällt dann die „Aufklärung" noch so aus, daß eigentlich alles bestätigt wird, was in der Oeffentlichkeit behauptet wurde. Da die Karlsruher Postbehörde nicht willens zu sein scheint, die von ihr verlangte Aufklärung zu geben, ist es Sache der oberen Instanzen der Post.

Was würde übrigens geschehen sein, wenn eine sozialdemokratische Zeitung mit einer derartigen Zumutung an eine Postbehörde herangetreten wäre? Hätte man dann auch die Ueberweisungskarten verarbeiten und die angegebenen Adressen befragen lassen, ob sie abonnieren wollen?

Noch ein Schlag gegen das „Kartell der schaffenden Arbeit."

Die Nationalliberalen sehen in dem „Bund der schaffenden Arbeit", den in Leipzig der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Landwirte und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband geschlossen haben, ein auch gegen die Nationalliberalen gerichtetes feindliches Gebilde. Unzweideutig hat daher bereits die „Köln. Ztg." dagegen Stellung genommen; die offizielle „Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz" tritt noch entschiedener auf, sie kündigt sogar allerhand Enthüllungen über die systematische Vorarbeit der Agrarkonservativen im Westen an. Es scheine ernstlich geboten, so schreibt die Korrespondenz, die Proklamation von Leipzig als neuestes Glied einer Kette von Ereignissen und Bestrebungen anzusehen und zu beurteilen, die von gewisser Seite seit mehreren Jahren geschmiedet werde gegen die „popularisierende Tendenz des heutigen Kurses der nationalliberalen Partei", und sie fährt dann fort:

„Wir werden uns vorbehalten, das uns zur Verfügung stehende Material zum geeigneten Zeitpunkt bekanntzugeben. Wer Kenntnis davon hat, wie namentlich seit Anfang 1910 von sehr angesehener agrarisch-hochkonservativer Seite in bestimmten führenden Kreisen der rheinisch-westfälischen Industrie gewirkt wird, wie die Sendboten des Ostens sich bald hier, bald da bei unsern Industriefürsten zu Gaste melden, und wer weiß, wie allerdings das Bewußtsein von der Bedeutung der liberalen Weltanschauung für Industrie und Gewerbe zu zerbröckeln droht, der tut gut, die Leipziger Kundgebung nicht allzu gleichmütig aufzunehmen — trotz des Beruhigungspulvers des Zentralverbandes. Sie sind ununterbrochen an der Arbeit, die mit der Nationalliberalen Partei den liberalen Gedanken tödlich treffen wollen. Bleiben wir wachsam!"

Mit den „liberalen Gedanken" in der nationalliberalen Partei war es ja nun niemals weit her; aber die Minierarbeit der Konservativen im Westen, die vom Altnationalliberalismus gefördert wird, muß schon recht weit vorgeschritten sein, wenn ein offizielles Organ der Partei solche Alarmrufe ausstößt.

Den Agrariern und Junkern ist diese offene Feindschaft nicht angenehm. Ganz besonders ist der „Kreuzzeitung" der Vorstoß des „Bundes der Industriellen" auf dessen Generalversammlung nahe gegangen. In seinem Wochenrückblick weist das Blatt darauf hin, daß das Kartell der schaffenden Arbeit ja doch auch die Bekämpfung der Sozialdemokratie auf sein Banner geschrieben habe. Das Junkerblatt hetzt dann in der bekannten Weise gegen die Sozialdemokratie und hofft dadurch auch die feindlichen Brüder wieder einfangen zu können. Es wird wohl auch gelingen.

Verbot des freien Waffenverkaufs.

Die „Braunschweigische Landeszeitung" will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, angesichts der Vorgänge der letzten Wochen seien neue Verhandlungen der Bundesregierungen eingeleitet über das Verbot des freien Waffenverkaufs durch die Reichsgewerbeordnung.

Die parlamentarische Untersuchungskommission.

Das Reichsamt des Innern hat die Vorarbeiten für den Zusammentritt der parlamentarischen Kommission, die die Bedingungen der Rüstungslieferungen des Reiches einer Prüfung unterziehen sollen, erledigt. Die Kommission wird Anfang November im Reichstag zusammentreten.

Der dritte deutsche Richtertag

beschäftigte sich am Sonnabend mit der Bekämpfung der Verbrechen im neuen Strafrecht. Es wurde von allen Rednern verlangt, daß in Zukunft den Richtern größere Freiheiten eingeräumt werden. Der Richter soll nicht strikte an die Paragraphen gebunden sein, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen und vom sozialen Standpunkt aus urteilen dürfen. Es gelangte schließlich eine Reihe von Leitsätzen zur Annahme, in denen es heißt: Die Strafgesetze müssen so beschaffen sein, daß sie dem Richter die wahrhaftige und ungekünstelte Tatsachenfeststellung und Rechtsanwendung erleichtern. Das Strafrecht der Gegenwart, das den kulturellen und Sittlichkeitsbedürfnissen angepaßt sein muß, erfordert eine freiere Stellung des Richters zur gerechten und wirksamen Bekämpfung des Verbrechens. Es soll für eine freiere Stellung des Richters zum mindesten in der Strafzage ein Abolitions-(Strafnachlaß-)Recht und weite Strafrahmen gefordert werden. — Auf Antrag des Reichsgerichtsrats Dr. Lobe-Leipzig gelangte noch folgender Beschluß zur Annahme: Hat der Täter nachweislich in dem Glauben gehandelt, die Tat sei erlaubt, weil er sich über das Gesetz oder dessen Anwendung irrte und ist der Irrtum entschuldbar, so kann der Richter nach den besonderen Umständen des Falles die ordentliche Strafe nach freiem Ermessen mildern oder Freisprechung erfolgen lassen. Darauf wurde der Richtertag geschlossen.

China.

Die japanischen Forderungen wegen der Vorfälle in Nanking sind von der Regierung angenommen worden. Damit ist der Streitfall anscheinend aber nicht erledigt. Japan hatte auch eine Entschuldigung des Generals Tschangsün und eine Parade seiner Truppen vor dem japanischen Konsulate in Nanking verlangt. Dem will der General aber nicht nachkommen; er hat in Nanking 30 000 Mann zusammengezogen, um eventl. gegen Japan vorzugehen. Hoffentlich gelingt es der Diplomatie, die Sache noch wieder einzurenken.

Statistisches.

Der Vierteljahrsbericht des Statistischen Amts für die Monate April, Mai und Juni ist soeben erschienen. Wir entnehmen demselben folgendes: (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres.)

Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes am 31. März 1913 112 322 Einwohner. Während des 2. Quartals kamen 239 (200) durch Geburtenüberschuß und 625 (—147) durch Wanderung hinzu, sodaß die Bevölkerung um 864 (53), also um 811 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres, zunahm und sich am 30. Juni auf 113 186 (111 049) belief.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung nahm folgenden Verlauf: Ehen wurden 256 (244) oder 9,07 Promille (8,84 Promille) geschlossen, also absolut wie relativ etwas mehr als im Vorjahre. Auch die Geburtenziffer hat sich gegen 1912, wie schon im vorigen Quartal, etwas gehoben: die Zahl der Geborenen betrug nämlich 667 (631) oder 23,74 Promille (22,84 Promille). Davon waren 71 (70) oder 10,64 Prozent (10,94 Prozent) unehelich, und 18 (17) oder 2,70 Prozent (2,70 Prozent) tot geboren; die Totgeburtenziffer ist sich also gleichgeblieben, während die der Unehelichen sich etwas gesenkt hat. Verstorben sind 410 (414) Personen oder 14,58 Promille (16,75 Promille), die Sterblichkeit blieb absolut wie relativ hinter der des Vorjahres zurück. Unter den Gestorbenen waren 80 (85) unter 1 Jahr alt, während 100 (90) das 70. Lebensjahr vollendet hatten. Die Säuglingssterblichkeit war etwas geringer als 1912, denn auf 100 Lebendgeborene kamen damals 13,79, jetzt aber nur 12,42 Sterbefälle von Kindern unter 1 Jahre. Und zwar starben auf 100 ehelich Lebendgeborene 12,31 (12,41) und auf 100 unehelich Lebendgeborene 13,24 (24,77); die Sterblichkeit der Unehelichen ist noch immer höher, hat sich aber gegen 1912 in weit stärkerem Maße verringert. Unter den Todesursachen standen wieder die Krankheiten der Kreislauforgane mit 55 (40) und Lungenentzündung mit 49 (28) Fällen oben an, daran schlossen sich Krebs mit 38 (32), Lungenschwindsucht mit 26 (31) und Magen- und Darmkatarrh mit 22 (18) Fällen. Sämtliche ansteckenden Krankheiten führten nur 17 (23) mal zum Tode. Von den 27 (29) gewaltsamen Todesfällen waren 8 (14) durch Selbstmord, je einer durch Mord und Hinrichtung und 17 (15) durch Verunglückung veranlaßt. Der Geburtenüberschuß betrug 239 (200), ging also um 39 über den des Vorjahres hinaus.

Die Wanderungsbewegung schloß mit einem Gewinn von 625 Personen ab, da 6686 (5718) zu- und nur 6061 (5865) fortzogen. Gegen das Vorjahr ist das ein sehr günstiges Ergebnis, denn 1912 trat ein Wanderungsverlust von 147 Köpfen ein. Der diesjährige Wanderungsgewinn war in der Hauptsache bei Einzelpersonen und Haushalts-Angehörigen zu verzeichnen. Eine Mehrabwanderung fand nur bei den Anstaltsinsassen statt. Von den einzelnen Berufsgruppen nahmen die ungelernten Arbeiter um 236, die Handlungsgehilfen und Kellner um 49 und die Schlosser, Dreher und Maschinenbauer um 37 zu, während die Dienstboten um 56 und die Maurer, Zimmerer und Maler um zusammen 28 geringer wurden. Unsere Zuwanderung kam diesmal vornehmlich aus dem Auslande mit 441, aus dem lübeckischen Gebiet mit 159 und dem Deutschen Reich östlich der Elbe mit 118 Personen, während unser größtes Einwanderungsland Mecklenburg mit 114 erst an 4. Stelle stand. Von den Abgewanderten des letzten Quartals ist zumeist nicht bekannt, wohin sie sich wandten. Ins Fürstentum Lübeck zogen 169 und nach Berlin 36, dagegen nach Hamburg, das uns sonst immer die größte Zahl abnimmt, nur 29 ab. Von den Zugezogenen der Monate März bis Mai hatten 51 ein Einkommen von mehr als 3000 Mark, von den Fortgezogenen nur 31; es bestätigt sich also wieder, daß Wohlhabende in größerer Zahl zuziehen als abwandern.

Der Fremdenverkehr in Hotels, Gasthöfen und Herbergen belief sich auf nur 20 921 (21 977) Personen, war also um 1056 geringer als 1912. Der Ausfall ist ausschließlich bei den Hotels und Gasthöfen eingetreten, die 1105 Besucher weniger beherbergten. An Umzügen in der Stadt sind 10 455 (8526) gemeldet.

Auf dem Grundstücksmarkt wurden 181 (174) Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 270 111 (858 971) Quadratmetern für 3 258 918 Mark (4 035 431) umgesetzt, davon 145 (146) mit einem Flächeninhalt von 198 041 (843 997) Quadratmetern zum Preise von 2 222 542 Mark (3 502 783) freihändig, während die übrigen mit einem Flächeninhalt von 62 488 (14 974 Quadratmetern zwangsversteigert wurden. Sie waren zurzeit des Zuschlages mit 1 444 612 Mark (770 601) belastet, von denen 649 270 Mark (306 695) auf Grund der Zuschläge von amtswegen gelöscht wurden. Der Umsatz in bebauten Grundstücken war erheblich geringer als im Vorjahr, der an Bauplätzen überstieg dagegen den vorjährigen um 18 Plätze, 27 824 Hektar und 105 206 Mark.

Die Hypothekenbewegung weist folgenden Verlauf auf: Umschriften wurden 738 (675) zum Betrage von 3 289 604 Mark (2 557 831) vorgenommen, neue Verpfändungen fanden 400 (413) zum Betrage von 2 348 612 Mark (2 526 710) statt und Löschungen sind 298 (344) zum Betrage von 1 199 421 Mark (1 545 907) erfolgt. Nur bei den Umschriften war also ein Mehr gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Auf dem Baumarkt war wieder kein rechtes Leben. Bauausführungen wurden 409 (412) beantragt, darunter 31 (35) von neuen Wohn- und 7 (5) von neuen Geschäftshäusern. Der Mehrzugang an Neubauten belief sich auf 11 (9) mit 30 (49) Wohnungen, wozu noch 10 (— 4) durch Umbau gewonnene hinzukommen. Ende Juni befanden sich 51 (49) Wohngebäude im Bau, die lang erwünschte Besserung ist also noch immer nicht in Sicht.

Die Gemeindebetriebe hatten alle einen größeren Absatz. Die Wasserabgabe ging mit 1 310 033 Kubikmetern um 10 729, der Gasverbrauch mit 2 105 580 Kubikmetern um 46 060 und die Stromabgabe des Elektrizitätswerkes mit 935 140 Kilowattstunden um 426 890 über die Ziffern des Vorjahres hinaus. Auch das Wasser- und Elektrizitätswerk Travemünde wurde stärker als 1912 in Anspruch genommen.

Brände fanden 34 (25) statt, davon waren 6 (4) Großfeuer. 7 (1) mal war das Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen. Die von der Feuerwehr besorgten Krankenbeförderungen beliefen sich auf 354 (311).

Die Zahl der mit der Eisenbahn beförderten Personen nahm bei beiden Bahngesellschaften gegen das Vorjahr zu, bei der Lübeck-Büchener um 212 298 und bei der Eutin-Lübecker um 10 933. Die Einnahme aus dem Personenverkehr steigerte sich aber nur bei der Lübeck-Büchener um 68 526 Mark, bei der Eutin-Lübecker war sie um 392 Mark geringer. Der Güterverkehr hob sich bei der Lübeck-Büchener um 17 741 und bei der Eutin-Lübecker um 230 Tonnen und warf bei ersterer 30 185 Mark mehr, bei letzterer dagegen 980 Mark weniger als 1912 ab.

Die Straßenbahn beförderte 2 774 350 Personen, d. s. 227 927 mehr als im Vorjahre. Ihre Einnahme hob sich von 271 261 Mark auf 298 914 Mark, war also in diesem Jahre um 27 653 Mark größer.

Im Seeschiffahrtsverkehr gingen nach den vorläufigen Zahlen 1243 (1182) Schiffe mit 253 939 (254827) Tonnen Tragfähigkeit ein und 1225 (1185) mit 253 310 (256 825) Tonnen Tragfähigkeit aus. Die Zahl der Schiffe hat also zu-, ihre Tragfähigkeit aber abgenommen. Der Verkehr von und nach deutschen, russischen und großbritannischen Häfen war schwächer als 1912, in dem mit finnischen, dänischen und z. T. auch schwedischen wurden dagegen die vorjährigen Ziffern übertroffen.

Die Zahl der mit Seeschiffen angekommenen Passagiere belief sich auf 3873 (4089), von denen 1201 (1252) auf die Strecke Kopenhagen-Malmö-Gothenburg und 675 (612) an den Verkehr in der Lübecker Bucht entfielen.

Der Flußschiffahrtsverkehr auf der Ober- und Untertrave, der Wakenitz und dem Elbe-Trave-Kanal stellte sich für den Hafenplatz Lübeck und die übrigen Plätze an der Trave im Ein- und Ausgang auf insgesamt 1860 (2052) Schiffe, die 137 986 (138 216) Tonnen Güter löschten und 105 874 (88 153) mitnahmen. Der Verkehr hat sich also im Ausgang nicht unerheblich gehoben.

Im Schlachthaus wurden 19 938 (17 999) Tiere, 1939 mehr als im Vorjahr geschlachtet, darunter 8551 (9459) Schweine, 6126 (4148) Kühe und Starken, 1951 (1605) nüchterne Kälber und 1519 (1444) fette Kälber. Die Zahl der geschlachteten Schweine war mithin um 908 geringer, dagegen die der Kühe und Kälber um 1978 bezw. 421 größer als 1912. Auf den Viehmarkt wurden 10 071 (8884) Stück, darunter 5094 (3209) Kühe und Starken und 3670 (4275) Schweine aufgetrieben; auch hier ist eine Zunahme bei den Kühen und Starken und eine Abnahme bei den Schweinen zu konstatieren. Der Auftrieb in der neuen Nutzviehhalle endlich stellte sich im Mai und Juni auf 3408 Rindvieh.

Wegen der Lebensmittelpreise wird auf die Notiz im vorigen Vierteljahrsbericht verwiesen. Die Großbezugspreise für 100 Klgr. Schlachtgewicht betrugen für Rinder im Juni bezw. April 152 bis 180 Mark bzw. 140 bis 156 Mark, für Mastkälber 170 bis 210 Mark bezw. 160 bis 196 Mark, für nüchterne Kälber 100 Mark, für Hammel 180 bis 210 Mark bezw. 166 bis 174 Mark und für Schweine 122 bis 126 Mark bezw. 128 bis 144 Mark. Die häufigsten Kleinhandelspreise stellten sich in denselben Monaten für ½ Klgr. beim Rindfleisch von der Keule auf 0,85 bis 1,40 Mark bezw. 0,75 bis 1,40 Mark, vom Bauch auf 0,70 bis 0,90 Mark, bei geräuchertem Speck auf 1,00 bis 1,15 Mark bezw. 1,00 bis 1,20 Mark, bei hiesigem Schweineschmalz auf 0,90 bis 1,10 Mark, bei Eßbutter (Meiereibutter) auf 1,20 bis 1,35 Mark bezw. 1,35 bis 1,50 Mark, bei Landbutter auf 1,10 bis 1,30 Mark bezw. 1,20 bis 1,40 Mark, bei frischen Landeiern auf 7 bis 9 Pfg. bezw. 6,6 bis 7,5 Pfg. für das Stück, bei Schwarzbrot auf 10 bis 13,5 Pfg. bezw. 10 bis 13 Pfg. und Feinbrot von 15 bis 18,5 Pfg. bezw. 14,5 bis 19 Pfg. für ½ Klgr., bei Kaffee auf 1,40 bis 1,60 Mark bezw. 1,50 bis 1,60 Mark, bei Margarine auf 0,60 bis 1,00 Mark, bei Kartoffeln (Magnum bonum) für 5 Klgr. auf 30 bis 50 Pfg. bezw. 35 bis 45 Pfg., für lebende Dorsch für ½ Klgr. auf 35 bis 50 Pfg., für frische Dorsch auf 30 bis 50 Pfg. bezw. 30 bis 40 Pfg., für Butt auf 35 bis 45 Pfg. bezw. 20 bis 40 Pfg., für westfälischen Hartkoks bei 100 Klgr. auf 3,30 bis 3,40 bezw. 3,50 und für Lübecker Gaskoks auf 2,90 bis 3,00 Mark bezw. 2,80 Mark.

Anmeldungen zum Gewerbebetriebe fanden 178 (192) statt, darunter 75 (58) von Händlern aller Art, 14 (27) von Gast- und Schankwirten und 10 (15) von Kaufleuten.

Die Zahl der unter Gewerbeaufsicht stehenden Betriebe (Fabriken, Werkstätten mit Motorbetrieb und Bauhöfe) belief sich am 1. April auf 493 (494) und die der von ihnen beschäftigten Arbeiter auf 12 024 (10 640), darunter 2643 (3357) weibliche.

Die wichtigeren Krankenkassen wiesen am 1. Juni 26 915 (24 228) versicherungspflichtige Mitglieder, darunter 6800 (5707) weibliche auf. Die Zahl der im Juni erwerbsunfähig krank Gemeldeten belief sich auf 726 (610), darunter 289 (212) weibliche.

Die Arbeitsnachweise, die dem Reichs-Arbeitsblatt monatlich berichten, vermittelten 1645 (1477) Stellen, darunter 289 (350) an weibliche Personen. Arbeitsuchende waren 3290 (3649) vorhanden, offene Stellen standen dagegen nur 1986 (1752) zur Verfügung.

In der Volksküche wurden 32 240 (34 326) Speiseportionen und 16 729 (18 420) Tassen Kaffee verkauft, der Umsatz blieb also gegen den des Vorjahres zurück. Mehr als 1912 wurden dagegen die Kaffeebuden des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke aufgesucht. Zwar blieb auch in ihnen der Absatz einiger Gegenstände hinter den Ziffern des Vorjahres zurück, dafür wurden aber z. B. 1177 Gläser Milch, 4654 Gläser Buttermilch und 7975 Semmel mehr als 1912 abgesetzt.

Bei den Sparkassen sind 29 070 Mark mehr abgehoben als eingezahlt. Das Ergebnis ist nicht schlecht, denn im Vorjahr belief sich der Ueberschuß der Auszahlungen auf 174 875 Mark, war also fast sechsmal so hoch. Das Gesamtguthaben der Einleger am Schlusse des Quartals stellte sich auf 34 140 024 (32 932 428) Mark.

Aus der geschlossenen Armenpflege und der Fürsorge für Obdachlose ist zu berichten, daß im Siechenhaus 72 (78), im Armen-Arbeitshaus 76 (65) und in der Krankenstation 155 (195) Personen verpflegt wurden und daß im Asyl für Obdachlose 192 (147) Hiesige und 835 (959) Wandernde Aufnahme fanden, während im Polizeiasyl 889 (979) Personen übernachteten. Im freiwilligen Arbeitshaus haben 22 (40) Personen gearbeitet.

Die Oeffentliche Bücherhalle lieh 30 723 Bände aus, d. s. 636 mehr als im Vorjahre. Erheblich stärker wuchs die Zahl der Besucher der Lesehalle, die um 2417 auf 20 083 stieg.

Das Stadttheater wurde im April und Anfang Mai von 28060 (23 771) Personen besucht. Der stärkere Besuch ist in der Hauptsache auf das Konto des Schauspiels zu setzen, das allein 3485 Personen mehr anzuziehen vermochte. Im Sommertheater fanden sich im Mai und Juni rund 26 000 Personen ein, das ist überraschend viel und z. T. wohl auf die Verteilung von Freibilletts zurückzuführen.

Die Zahl der in den staatlichen Heilanstalten verpflegten Kranken belief sich Ende Juni im Krankenhaus auf 260 (263) und in der Heilanstalt Strecknitz auf 309 (293) und die der Verpflegungstage während des ganzen Quartals auf 23 340 (22 885) bezw. 28 758 (26 705).

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 854 (139) gemeldet, also ganz erheblich mehr als 1912. Sie nahmen aber zum Glück meist einen gutartigen Verlauf, denn die Zahl der an ihnen Gestorbenen belief sich wie im Vorjahre nur auf 16. Die Zunahme der Erkrankungen ist fast ausschließlich durch Masern und Scharlach verursacht.

Beerdigungen fand 371 (355) statt. Die Zahl der Feuerbestattungen belief sich auf 24 (29).

In den Warm-Badeanstalten wurden 11 205 (12 056) Bäder verabreicht, davon 2622 (2600) im Volksbrausebad und 1838 (2201) in Travemünde. — Die Flußbadeanstalten wurden von 181 417 Personen, d. i. 54 093 mehr als im Vorjahre, aufgesucht. Auch die Zahl der Kurgäste in Travemünde übertraf mit 3849 die von 1912 um 417.

An Steuern und Abgaben endlich gingen 1 558 410 Mark oder rund 72 000 Mark mehr als im Vorjahre ein. Mehr als in 1912 erbrachte die Einkommensteuer mit rund 113 000 Mark und die Grund- und Stempelsteuer mit 5500 Mark, während die Veräußerungsabgabe 31 000 Mark, die Erbschaftssteuer 18 000 Mark und die Wertzuwachssteuer 4000 Mark weniger abwarfen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 15. September.

Fauler Zauber! Dem Amtsblatt paßt unsere Feststellung, daß die Arbeiter-Turnvereine mit der sozialdemokratischen Partei auch nicht im allergeringsten Zusammenhang stehen, natürlich nicht in den Kram. Deshalb beklagt es sich über den Ton, den wir ihm gegenüber angeschlagen haben. Das rührt uns natürlich nicht, da wir ja die Weise kennen und richtig einschätzen. Das würde uns nun keine Veranlassung gegeben haben, auf den letzten Artikel des Blattes, in dem nochmals die Arbeiter-Turnvereine und die Sozialdemokratie in einen Topf geworfen werden, weiter einzugehen. Dazu ist uns unsere Zeit zu kostbar. Was uns vielmehr veranlaßt, auf das Geschreibsel zurückzukommen, ist der Umstand, daß man in der Königstraße jetzt versucht, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Arbeiter-Turnvereine doch sozialdemokratischen Charakter haben. Und wodurch will man das beweisen? Durch die Tatsache, daß auf Beschluß der Landesversammlung der Parteigenossen Württembergs bei den Ortsvereinen eine Umfrage erfolgt ist, in der u. a. Auskunft darüber erbeten wird, ob Parteigenossen Mitglieder eines deutschen Turnvereins am Orte sind und ob der Ortsverein für den Ausschluß dieser Genossen aus der Partei plädiert. Das Resultat dieser Umfrage — von 267 Ortsvereinen mit deutschen Turnvereinen sind 92 für und 158 gegen den Ausschluß — bespricht die „Arbeiter-Turnzeitung" in einem Artikel, in dem sie ihren Standpunkt klarlegt. Und hieraus schlußfolgert das Amtsblatt nun, daß die Arbeiter-Turnvereine sozialdemokratisch sind. Wir wissen nicht, was wir mehr bewundern sollen: Die Dummheit oder Dreistigkeit, mit der das Amtsblatt operiert. Das ganze Geschreibsel des Amtsblattes charakterisiert sich als fauler Zauber!

Personalien. Der Senat hat den Assessor T. A. H. Wibel in Lübeck zur Rechtsanwaltschaft bei dem Hanseatischen Oberlandesgerichte sowie bei dem hiesigen Amts- und Landgerichte zugelassen.

Bezeichnung des Raumgehaltes der Schankgefäße für Bier. Nach Artikel 1, Nr. 3, Abs. 2 des Gesetzes wegen Änderung des Schankgefäßgesetzes vom 24. Juli 1909 ist der Gebrauch von Schankgefäßen für Bier mit einem Mindestabstand von 1 Zentimeter nur bis zum 1. Oktober 1913 statthaft; von dieser Zeit an muß der Abstand des Füllstrichs von dem oberen Rande der Schankgefäße für Bier zwischen 2 und 4 Zentimeter betragen. Nach Mitteilung des Reichskanzlers ist es jedoch gestattet, Schankgefäße mit einem Abstand von 1 Zentimeter auch noch nach dem 1. Oktober 1913 zu verwenden, wenn die alten Füllstriche und Bezeichnungen in haltbarer und jeden Zweifel ausschließender Weise durchstrichen und die Schankgefäße mit den neuen vorschriftsmäßigen Füllstrichen (zwischen 2 und 4 Zentimeter Abstand von dem oberen Rande) und den damit übereinstimmenden Bezeichnungen versehen sind. Zur Beseitigung von Mißverständnissen, welcher Strich Geltung haben soll, empfiehlt es sich, den neuen Füllstrich auf der entgegengesetzten Seite des Gefäßes anzubringen.

Was man alles mit einem Kubikmeter Gas anfangen kann. Ein Kubikmeter Gas, das in Lübeck zum Preise von 13 Pfg. abgegeben wird, stellt dieselbe Helligkeit, wie eine gewöhnliche Petroleumlampe sie bietet, 50 Stunden lang zur Verfügung. Besonders erfreut sich das Kochen mit Gas allgemeiner Beliebtheit infolge seiner großen Vorzüge, so daß die Hausfrau von heute den Gasherd keinesfalls mehr missen möchte. Was kann man nun alles mit einem Kubikmeter Gas auf dem Herd herstellen? Diese Gasmenge reicht vollständig aus für die Zubereitung von 3—5 Mittagessen in einem 4—5köpfigen Haushalt. Man kann weitere 5 Tassen Kaffee täglich einen Monat lang bereiten oder 3—4 Napfkuchen backen. Auch für einen großen Festbraten, etwa einen 9—10 Pfund schweren Schweinebraten (Wenn den die Arbeiter nur hätten. D. Red.), einen 12pfündigen Kalbsbraten nebst Sauce oder 25—30 Pfund Fische, wird nicht mehr Gas verbraucht. Bei der vielseitigen sonstigen Verwendung des Gases im Haushalt dürften noch andere Angaben interessieren. So kann mit einem Kubikmeter Gas ein Vollbad (160 Liter) von 10 auf 35 Grad erwärmt, die 14tägige Wäsche eines dreiköpfigen Haushaltes mittels des modernen Gaswaschautomaten gewaschen, oder endlich 5—6 Stunden gebügelt werden. Die Hausfrau ist imstande, damit 500mal ihre Brennschere zu erhitzen, während ein mit Gas gehitzter Tischventilator 24 Stunden lang im Betrieb gehalten werden kann. Interessant ist der Vergleich, daß 9 Liter Wasser mit einer Kilowattstunde Elektrizität gekocht werden können, während man mit einem Kubikmeter Gas rund 30 Liter Wasser zum Kochen bringen kann.

Ein betrübender Unglücksfall. Am Sonnabend nachmittag fiel unterhalb der Marlesgrube beim Spielen der 5jährige Willy Waak in die Trave. Er geriet unter eine Schute und konnte erst nach einer halben Stunde geborgen werden. Trotz sofort angestellter Wiederbelebungsversuche mit dem Pulmotor konnte der herbeigerufene Arzt leider nur den Tod des Knaben feststellen. — Möge dieser traurige Vorfall den Kindern und auch den Eltern eine eindringliche Warnung sein!

Fortfall der Bezeichnung „Drucksache". Die Vorschrift, daß Sendungen zu der ermäßigten Drucksachentaxe die Bezeichnung „Drucksache" zu tragen haben, ist jetzt aufgehoben worden. Für die Post gilt als Drucksache jede Sendung, aus deren Verpackung, Frankierung usw. zu entnehmen ist, daß der Absender sie als Drucksache hat angesehen wissen wollen.

b. **Ferienstrafkammer** am 13. September. Einer Kommodenverwechslung war das jugendliche Dienstmädchen Pf. einigemal verfallen. Es öffnete mit dem Schlüssel seiner eigenen Kommode diejenige der Herrschaft und entnahm ihr Geldbeträge von zusammen 25 Mk. Mit dem Gelde wollte das Mädchen seinem Bruder ein Hochzeitsgeschenk machen. Es wird zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, soll aber der bedingten Begnadigung empfohlen werden. — Riegelauf, Riegel zu! Fast die Hälfte seines Lebens brachte der sogenannte Arbeiter L. im Zuchthaus und Gefängnis zu. Um nicht aus der Gewohnheit zu kommen, unternahm er in Schönböcken einen Jackettwechsel, als er so nebenbei um Arbeit nachfragte. Das beinahe neue Kleidungsstück wechselte L. gleich im Hause aus und warf sein altes hin. Als Kinder den Mann bemerkten, trug er das Jackett wieder zurück. Er will in Geistesabwesenheit gehandelt haben, die ihn nach einem Rausch befällt. Dem alten Kadetten werden mildernde Umstände zugebilligt. Er wird zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. — Einen Onkel in Amerika wollte der Maschinist R. beerben, so erzählte er wenigstens seiner Braut und einem Uhrmacher, bei dem er Anno 1910 Verlobungsringe mit dem Versprechen bestellte, sie in drei Tagen zu bezahlen. Das tat er nicht, sondern ging, nachdem die Verlobung entzwei gegangen war, hin und versetzte den einen Ring in Bremen. Da der Angeklagte wegen Eigentumsvergehen schon achtmal vorbestraft ist, fällt die Strafe trotz des geringen Objekts schärfer aus: wegen Betrugs und Unterschlagung wird R. zu 4 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Beantragt waren 8 Monate. — Mit einem fremden Anzug wollte der mehrfach vorbestrafte Arbeiter Sch. das Katholische Gesellenhaus verlassen, in dem er kurze Zeit gewohnt hatte. Beim Einpacken des Anzuges wurde Sch. ertappt. Urteil: 4 Monate Gefängnis. Mildernd kommt in Betracht, daß das gestohlene Gut dem Eigentümer wieder übergeben werden konnte und die Vorstrafen nicht erheblich waren. — Ein schwerer Bursche. Der Händler B. hausierte mit Kurzwaren und kam bei dieser Gelegenheit in einen Schuhwarenladen. Er glaubte sich unbeobachtet und packte ein Paar Stiefel im Werte von 12 Mk. ein, da die seinigen defekt waren. Der Angeklagte, der u. a. mit 12 Jahren Zuchthaus wegen Mordversuchs und Raubes und mit 2 Jahren wegen Meineidsverleitung vorbestraft ist, wird unter Berücksichtigung mildernder Umstände zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. — In die Geheimnisse der Liebe ließ sich ein 15jähriges Mädchen in Kücknitz rechtzeitig einweihen. Mit dem Einlogierer pflegte es oft das Schlafgemach zu teilen, hat sich mittlerweile mit ihm verlobt und will ihn auch heiraten. Doch damit wird die Gesetzesübertretung, die der Mutter des Mädchens zur Last gelegt wird, nicht aus der Welt geschafft. Da die Frau den Verkehr mit Wissen geduldet hatte, wurde sie wegen Kuppelei angeklagt und heute zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. — Ein Paar Langschäftige holte der Chauffeur S. von der Bodenkammer herunter und versetzte sie. Dazu hatte der Angeklagte kein Recht, denn die Stiefel stammten aus einer fremden verschlossenen Kammer und gehörten einem Schiffszimmermann. Wer eine Vorstrafe wegen Diebstahls hat, findet nicht so leicht Glauben, auch nicht der Chauffeur, der ein Paar Stiefel von seinem Bruder geschenkt bekam und nicht wußte, ob diese lang- oder halbschäftig waren. Wohin die geschenkten Stiefel gekommen sind, ist nicht herauszufinden. S. wird zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Zwei junge Strolche, der eine stammt aus München, der andere aus Danzig, waren mit einem Dritten zusammengekommen, in dessen Besitz eine größere Geldsumme war. Sie zogen ihm durch mehrere Wirtschaften und als er genügend eingeseift war, stahl ihm der Danziger S. das Portemonnaie mit 170 Mk. Inhalt und der Münchener D. hängte ihm die Taschenuhr ab. Der Geldbeuteldieb ist ein 17jähriges Bürschchen mit äußerst frechem Gesichtsausdruck, von beschränktem Wuchs und bereits viermal wegen Diebstahls vorbestraft. Von Beruf bezeichnet er sich als Artist. Er reiste mit der Beute nach Hamburg und verpraßte sie in wenig Tagen. Sein Gespan ist Schlosser und Seemann, der beim Festnehmen die Uhr wegwerfen wollte, um sich vom Verdacht zu reinigen. D. erhält 8 Monate, S. 1 Jahr Gefängnis. Gegen ihn waren 1½ Jahre beantragt.

Der letzte Gang. Am Sonnabend nachmittag ist der Bootsmannsmaat Bansmer, dessen Eltern bekanntlich hier wohnen, und der beim Untergang des Marineluftschiffes „L 1" mit ums Leben kam, unter zahlreicher Beteiligung zu Grabe getragen worden. An der Bestattung nahmen auch drei bei der Katastrophe gerettete Kameraden teil.

Die ungeschützten Hutnadeln werden von der holden Weiblichkeit trotz aller Ermahnungen heute noch immer vielfach getragen. Schon mehrfach haben sich hierdurch Unfälle ereignet. Am Sonnabend hat sich nun in Hamburg durch eine ungeschützte Hutnadel ein ernster Unfall zugetragen, der hoffentlich unsere Frauenwelt veranlaßt, nunmehr ernstlich mit den ungeschützten Hutnadeln Schluß zu machen. Im Gedränge vor einem Billettschalter des Hamburger Hauptbahnhofes wendete sich eine Dame, die ungeschützte Hutnadeln trug, plötzlich um und traf mit einer der ungeschützten Nadeln den Kopf eines hinter ihr stehenden Uhrmachers, der mit seiner Frau gleichfalls Fahrkarten kaufen wollte. Die ungeschützte Nadelspitze drang dem Uhrmacher ins rechte Auge und verletzte dieses schwer. Der Mann begab sich auf Anraten von Passanten zu dem bekannten Augenarzt Professor Dr. Deutschmann an der Esplanade, der sich des Bedauernswerten annahm. Leider gelang es dem Arzt nicht, das schwerverletzte Auge zu retten, da sich die Wunde entzündete, mit Eiter füllte und das Auge ausgenommen werden mußte. Die Dame, die den traurigen Unfall verschuldet hat, ist leider unerkannt entkommen.

Genin. Ein Feuer äscherte in der Nacht zum Sonnabend die Kate von Klüßmann ein. Nur mit knapper Not konnten die Bewohner ihr nacktes Leben retten. Der Katen brannte vollständig nieder. K. ist versichert. — Erst ¾ Stunden nach Ausbruch des Feuers erschien die Feuerwehr. Diese Verspätung ist darauf zurückzuführen, daß die Bauern sich weigern, Pferde für die Spritze zu stellen, weil sie nach der Eingemeindung hierfür keine Bezahlung mehr erhalten. Wir halten es im Interesse der Feuersicherheit für dringend erforderlich, daß hier baldigst auf diese oder jene Weise eine Regelung eintritt. So kann es nicht weitergehen.

Mölln. Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

Hamburg. Drei Personen bei einem Gerüsteinsturz verunglückt. Am Sonnabend vormittag gegen 11¼ Uhr ereignete sich im Hause Schürbeckerstraße 6 ein Gerüsteinsturz. Zur Ausbesserung des einfallenden Lichtfensters hatte man im Treppenhause ein größeres Stellagengerüst aufgebaut. Auf diesem arbeiteten der Maurer C. Giscke, der Schlossermeister Reinbeck und der Schlosserlehrling Jens. Plötzlich brach das Gerüst zusammen und stürzte unter lautem Krachen in die Tiefe. Von den mit in die Tiefe gerissenen drei Personen erlitt Giscke unbedeutende Verletzungen, während Reinbeck und Jens schwer verletzt wurden. Die Verletzten wurden von Feuerwehrleuten aus den Gerüsttrümmern hervorgeholt und mit Notverbänden versehen. Wodurch der Zusammenbruch des Gerüstes erfolgte, muß die Untersuchung ergeben. — Geständnis des Moorflether Raubmörders. Im Untersuchungsgefängnis wurde der der Ermordung der Ehefrau des Moorflether Gemüsebauern Eggers verdächtigte 23jährige Schlachter Albers abermals durch Kriminalkommissar Harder vernommen. Durch den Indizienbeweis in die Enge getrieben, erklärte er am Sonnabend, dem Vorabend seines in Aussicht genommenen Hochzeitstages, plötzlich: „Ja, ich bin der alleinige Mörder. Das Nähere erfahren Sie später." Der Mord ist nach einem weiteren Geständnis am Montag nachmittag zwischen 3½ bis 5 Uhr verübt. Am gestrigen Sonntag nachmittag hat er dann, nachdem ihm eine Zusammenkunft mit seiner Braut und seinem Vater gestattet worden war, nähere Angaben gemacht. Er erklärte, daß er den Plan gefaßt hatte, die Eggersschen Eheleute um ein Darlehen anzugehen, das er nach der Heirat heimlich decken wollte. Am Montag nachmittag, dem Mordtage, habe ihn nun eine Nachbarin um zwei Körbe Kohl gebeten. Er habe sofort zwei Körbe und ein Messer genommen und sei damit in den Garten gegangen, habe die Sachen jedoch, von einer plötzlichen Eingebung geleitet, im Garten niedergelegt und sich in das Eggerssche Haus begeben, um sein Anliegen betreffs des Darlehns vorzubringen. Die allein im Keller angetroffene Frau Eggers habe auf sein Ansuchen erklärt, sie hätte ihr Geld auf der Bank, auch könne sie ihm ohne die Einwilligung ihres Mannes nichts geben. Nach dieser Erwiderung habe er die Frau dann an der Kehle gepackt, auf einen Futterhaufen geworfen und ihr einen Sack über den Kopf gezogen, unter dem sie erstickt oder bewußtlos geworden sein müsse, da sie völlig ruhig gelegen habe. In diesem Augenblick hätten die beiden kleinen Hunde zu bellen angefangen. Um die Nachbarn nicht aufmerksam zu machen, habe er die Tiere durch Schläge auf den Kopf getötet. Darauf erst habe er der Frau den Pferdestrang um den Hals gewunden und sie an der Decke aufgehängt. Sodann habe er sich auf die Suche nach Beute gemacht. In verschiedenen aufgerissenen Schubladen habe er nichts des Mitnehmens wertes gefunden, bis er schließlich in einem Zimmer den Geldschrank entdeckt habe. Nach Ausbreitung von Bettstücken auf dem Fußboden habe er den Geldschrank umgeworfen und mit einer Axt zertrümmert, was ihm nach etwa einstündiger Arbeit gelungen sei. Das Geld in Höhe von 1800 Mark habe er nach einem Küchentische geschafft, um beim Nachzählen und Einstecken nicht von einer Frau Meyer und deren Tochter, die in der Nähe im Garten arbeiteten, gesehen zu werden. Es habe ihn dann schließlich eine große Unruhe gepackt. Die kleineren Geldstücke habe er liegen lassen und die Flucht ergriffen. Das am Tatorte verlorene blutige Taschentuch gehöre seiner Braut und die Flecken rührten von Nasenbluten her, hingen also mit dem Raubmord nicht zusammen. Das Geld habe er sogleich im Schilf versteckt und sei ins Elternhaus gegangen, wo man ihm Essen vorgesetzt hätte, das er aber, entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, nicht angerührt hätte. Vor der Fahrt nach Altona, an der sich seine Braut, seine Mutter und Freund beteiligten, habe er das Geld aus dem Schilf wieder herbeigeholt, ohne daß jemand das geringste bemerkt hätte. Außerdem klärte Albers noch einen in der Untersuchung viel beachteten und wichtigen Punkt auf. Vor dem Mord hatte er in einer Wirtschaft in Moorfleth einen Hundertmarkschein gewechselt, zum Beweis, daß er entgegen anderer Annahme über Geldmittel verfügt habe. Jetzt gestand er, den Schein seiner Braut am 5. ds. Mts. nebst ihrem Dienstbuch gestohlen zu haben.

Altona. Der Wahlrechtsraub. Wie durch die Presse bereits bekannt geworden ist, planen Magistrat und bürgerliche Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums in Altona eine Wahlrechtsverschlechterung, um sich gegen das ihnen bedrohlich erscheinende Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate zu schützen. Die Stadt, die bisher einen einzigen Wahlbezirk bildet, soll jetzt in fünf Bezirke, die jeder für sich eine bestimmte Anzahl Kandidaten wählt, zerlegt werden. Mit Hilfe einer raffinierten Wahlkreisgeometrie hat der Magistrat es fertig gebracht, daß die sozialdemokratische Stimmenmehrheit in eine Mehrheit bürgerlicher Abgeordneter umgelogen wird. Man hat zwei Bezirke aus reinen Arbeitervierteln zusammengesetzt und die übrigen drei Bezirke so gestaltet, daß die Villenviertel und die Wohnviertel des besseren Bürgertums immer gerade die Arbeiterquartiere überwiegen. Dadurch erhalten die Bürgerlichen mit einer Mehrheit von nur 600 Stimmen drei, die Sozialdemokraten mit einer Mehrheit von 1200 Stimmen zwei Bezirke. Die von langer Hand vorbereitete Vorlage bedeutete für unsere Genossen im Stadtparlament wie für die Oeffentlichkeit eine glatte Ueberrumpelung. Erst am Sonnabend, dem 6. September wurde der Antrag eingebracht und am Donnerstag, dem 11. September stand er schon zur Beratung. Unseren Genossen blieb natürlich nichts anderes übrig, als gegen diesen Streich mit allen Mitteln, die die Geschäftsordnung bietet, vorzugehen, um dadurch die Annahme der Vorlage zu verzögern; vielleicht sogar unmöglich zu machen. Sie hatten daher zum Donnerstag ein Dutzend Interpellationen über die verschiedensten kommunalpolitischen Fragen eingebracht. Nach der Geschäftsordnung muß zu jeder Anfrage vor der Tagesordnung unbeschränkt das Wort zur Begründung erteilt werden. Aber darum kümmerte sich die bürgerliche Mehrheit nicht im mindesten. Da sie zum Rechtsraub entschlossen war, so kam es ihr auf einen Rechtsbruch mehr oder weniger auch nicht mehr an. Sie beschloß, die Interpellationen erst nach der Tagesordnung zu erledigen und gleich in die Beratung der Wahlrechtsvorlage einzutreten. Ganz gelang den Wahlrechtsräubern ihr Plan in dieser Sitzung aber doch nicht. Nach mehrstündiger erregter Diskussion beantragten unsere Genossen, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen und da sie über das dazu geschäftsordnungsmäßig erforderliche Drittel der Stimmen verfügen, ging der Antrag durch. In dieser Woche geht der Kampf, dessen einzelne Stadien sehr geeignet sind, die Arbeiter über ihre politischen „Rechte" in der Kommune aufzuklären, weiter.

Kiel. Gerettet. Der Dampfer „Merkur" hat zwei Mann von der bei Kjelnoor gekenterten und inzwischen von dem Kieler Dampfer „Adele" eingeschleppte Galeasse „Johanne" gerettet. — Vom Eisenbahnzuge überfahren. Auf der Bahnstrecke Hassee—Russee wurde am Freitag die Leiche des bei der Unterseebootsdivision dienenden Obermatrosen Meiser aufgefunden. Angenommen wird, daß er freiwillig den Tod gesucht und auch gefunden hat. — 34 Jahre fahnenflüchtig. Der 57jährige Seemann Ankemer war 1879 in Colombo der längst aus der Liste der Kriegsschiffe gestrichenen Panzerfregatte „Hansa" fahnenflüchtig geworden. Er kam jetzt nach Deutschland zurück, weil er glaubte, die Sache sei verjährt. Das Kriegsgericht verurteilte ihn aber zu 6 Monaten Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte der Gerichtsherr Berufung ein, und das Oberkriegsgericht erkannte dann auf Freisprechung, da die 1901 und 1905 erlassenen Steckbriefe nicht erneuert worden seien.

Neustadt i. H. Es geht vorwärts! Nach vielen Bemühungen hat nun auch unser Ort gestern endlich sein erstes Gewerkschaftsfest im „Tivoli" abhalten können. Zur Feier des Tages hatten sich aus der Umgegend, insbesondere aus Gutin, eine Anzahl Genossen und Genossinnen eingefunden. Das Fest nahm einen schönen Verlauf. Nachdem die hiesigen Arbeitersänger ein Kampfeslied vorgetragen hatten, schilderte Genosse Meyer die Schwierigkeiten, die sich bisher der Abhaltung eines Gewerkschaftsfestes entgegenstellten. Dann hielt Genosse Stelling-Lübeck eine markige Festrede. Derselben folgten Gesangsvorträge. In dem schönen Garten vergnügte sich nun alt und jung. Abends fand im gleichen Lokal ein Tanzvergnügen statt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Neue Jacken-Kostüme

Herbst-Kostüme aus modernsten Phantasie-Stoffen, schicke Fassons, in guter Verarbeitung mit Cloth oder Serge gef. 36⁰⁰ 22⁵⁰ **13⁷⁵**

Herbst-Kostüme
neue Fassons aus reinwollen. marine Kammgarn auf gutem Cloth oder Serge gefüttert 21⁰⁰ 18⁵⁰ **14⁵⁰**

Herbst-Kostüme
aus marine Kammgarn oder modernen Phantasiestoffen mit Seidenserge gefüttert, tadelloser Sitz 33⁰⁰ 30⁰⁰ **26⁵⁰**

Herbst-Kostüme
aus marine Kammgarn, Cord, Loop und anderen modernen Stoffen, tadellose Verarbeitung, Maßersatz 54⁰⁰ 48⁰⁰ **42⁵⁰**

Elegante Kostüme
in aparten schicken Fassons aus Ramagé, Velours und neuen Phantasiestoffen 98⁰⁰ 85⁰⁰ **65⁰⁰**

Blusen-Neuheiten

Neue Rüschen-Blusen aus Wollkrepp Fledermaus-Fasson, „Saison-Neuheit", 4⁵⁰ **3⁵⁰**

Neue Rüschen-Blusen aus Ramagé, Wollkrepp und Seide 10⁷⁵ 8⁵⁰ **6⁵⁰**

Elegante Blusen neue aparte Fassons aus Wollstoffen, Tüll und Seide . . 24⁰⁰ 16⁷⁵ **12⁵⁰**

Besonders vorteilhafte Herbst-Angebote!

Anfertigung nach Mass unter Garantie guten Sitzes.

Neue Mäntel u. Jacketts

Neue Herbst-Mäntel Ulster-Form, offen und hochgeschl. in blauen und melierten haltbaren Stoffen 15⁰⁰ 10⁵⁰ **8⁷⁵**

Neue Herbst-Mäntel
aus Flausch-, Curl-, Loop- und Phantasiestoffen 21⁰⁰ 18⁵⁰ **16⁵⁰**

Neue Herbst-Mäntel
aus Tuch, Velour, Krimmer, Astrachan und Pelzimitation in allen mod. Farben 33⁰⁰ 26⁵⁰ **22⁵⁰**

Elegante Herbst-Mäntel
aparte Fassons mit neuen Kragengarnierungen aus englischen Stoffen, Samt und Affenhaut 54⁰⁰ 45⁰⁰ **39⁰⁰**

Sport- u. Blusen-Jacken
aus Diagonal, Velour und Krimmer 30⁰⁰ 25⁰⁰ **22⁵⁰**

Neuheiten in Kostüm-Röcken

Kostüm-Röcke aus meliert. u. Kammgarnst. mit Riegel, Knopfgarnierung . 4⁵⁰ 3⁴⁵ **2⁶⁵**

Kostüm-Röcke neueste Machart, mod. gestr. Phantasiest. u. uni Kammgarn 8⁷⁵ 6⁷⁵ **5⁷⁵**

Kostüm-Röcke Cutaway-Fassons in neuartigen Stoffen 19⁵⁰ 15⁰⁰ **10⁵⁰**

6873

Gebr. Hirschfeld

Modehaus für Damen- u. Kinder-Konfektion.

Verkauf 6866

lebender Butt

am Dienstag, d. 16. September 1913

vormittags von 8 Uhr ab an der

Holstenbrücke, Eutiner Brücke und Hüxtertorbrücke.

Verlobte:
Wilhelmine Möller
Gustav Sachs
Schwartau. (6863) Rensefeld.

Durch Unglücksfall entriß mir der unerbittliche Tod am Sonnabend nachmittag meinen lieben Sohn

Willi

im 8. Lebensjahre, tief betrauert von mir, seinen Geschwistern, Großeltern und allen, die ihm nahe standen

Johannes Waack.

Lübeck, den 15. September 1913.
Kl. Kiesau 20. (6872

Trauerfeier am Mittwoch, dem 17. September, nachmittags 3¾ Uhr in der Kapelle Vorwerk.

Ein größeres Schulmädchen
gesucht.
6871) Gloxinstraße 2a.

Wir stellen einen selbständig arbeitenden Wagensattler ein
H. F. Meiners.
6870) Dankwartsgrube 51/63.

Gesucht (6864

Malergehilfen.

Aug. Fölsch, Bei St. Johannis 22.

Zu vermieten eine kleine Drei-Stuben-Wohnung.
6867) Fischergrube 38 5.

Ein großer Sofa und ein runder Sofatisch billig zu verkaufen.
Zu der Stamer 159, bei der
6866) Mühlenstraße.

Logis für junge Leute
zu vermieten.
6851) Gr. Burgstr. 27.

Ein 2rädiger Wagen
zu verkaufen. (6865
Marlistraße 5.

Achtung Harmonikaspieler!!!
Bandonion, Konzertina, 76tönig, Neuwert 110 Mk., für 35 Mk. zu verkaufen. (6861) Ludwigstr. 33, I.

Meine beleidigenden Worte gegen Frau **Kalkorski** in Rensefeld nehme ich mit Bedauern zurück. (6859
Frau **Aesemann,** Rensefeld.

Bestes **Ragoda** Schnell-Wasch-Mittel
Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Schneeweisse Wäsche. 1 Pfd. per 55 Pfg.
Überall zu haben.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder 1 Schere usw. (1823
10 „ 1 echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel usw.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Gemeinschaftliche

Versammlung

am Dienstag, dem 16. September
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom Sommervergnügen.
3. Neuwahl des Festkomitees.
4. Bericht vom Kartell.
5. Verschiedenes.

6869 **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich. D. O.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Ortsverwaltung Lübeck.

Einladung zum

Sommerfest

am Dienstag, dem 16. September 1913
im Lokale des Herrn Fürböter, Wakenitz-Bellevue.
Damen- und Kindervergnügen nachm. 5 Uhr.
Beginn 8 Uhr. Ende morgens.
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei. (6858) **Das Komitee.**

Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.– an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Ferienwanderungen.

2.—7. Oktober: **Harz-Kyffhäuser.**
2. „ **Bungsberg.**
6. „ **Behlendorf.**
8. „ **Genin-Büssau.**

Karten sind in den Schulen, bei den Herren **Krüger,** Schulstr. 12a, **Rein,** Mühlenstraße 89, **Sahlmann,** Geverdesstraße 33, **Wessel,** Moislinger Allee 4a und Dienstags nachmittags 5—7 Uhr in der Geschäftsstelle, Hüxstr. 69, zu haben. (6862

Die Kommission für Jugendwandern.

„Cines"

Hansa-Theater.

Das neue Programm
vom 12. bis einschl. 18. Septbr.
Lachen, Lachen, Lachen.

The Garden Sisters
Gymnastik.
Olloms & Page
Melange-Akt. (6817
2 Lillies
neuartiger Spiegel-Akt u. Tänze.
O Brion Bros
Humpsty-Bumpsty.
Humoristische Turnkünstler.
The Australian Mc. Leans
Wirbelwind-Tänzer.
Emerson & Baldwin
Amerik. Varieté-Komödianten.
Außerdem unsere erlesenen
Licht-Kunstspiele.

Vorstellung: Wochentags 8½ Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.

Vorverkauf bei Nagel u. Sager.

Arbeiter-Bildungsverein.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 16. Septbr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung.
2. Unsere Kurse.
3. Festsetzung des Winterprogramms
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ersuchen wir um zahlreiches Erscheinen.

6868) **Der Vorstand.**

NB. Dienstag 8 Uhr präzise Vorstandssitzung.

Neues Stadt-Theater.

Dienstag, den 16. September:
Eröffnungsvorstellung.
1. V. i. Voll-Ab. 1. V. i. Dienst.-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende 11¾ Uhr.

Faust
von Goethe.
Mittelpreise.

Mittwoch, den 17. September:
Geschlossen.

Donnerstag, den 18. September:
2. V. i. V.-A. 1. V. i. Donnerst.-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.

Fidelio.
Oper von Beethoven.
Große Preise.

Freitag, den 19. September:
3. V. i. Voll-Ab. 1. V. i. Freit.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Neuheit! Neuheit!

Kammermusik.
Lustspiel von Ilgenstein.
Mittelpreise. (6782

Kassenöffnung von 11—2 Uhr und ½ Stunde vor Beginn der Vorstellung.

Ausgabe der Abonnements bis Sonnabend täglich von 10—1 und 3—6 Uhr. Von Sonntag ab während der gew. Kassenstunden.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 216. Montag, den 15. September 1913. 20. Jahrg.

Der Parteitag

ist gestern abend in Jena im prächtigen Volkshause unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung eröffnet worden. Genosse Hermann Molkenbuhr, das älteste Mitglied der Parteileitung, widmete dem Genossen Bebel eine tiefempfundene Gedächtnisrede, die der Parteitag stehend anhörte. Daran schlossen sich die Ansprachen der ausländischen Delegierten. Der österreichische Reichsratsabgeordnete Genosse Pernerstorfer gab der Teilnahme an dem Verluste Bebels Ausdruck und auch der englische Parteiführer Genosse Keir Hardie widmete dem verstorbenen Genossen herzliche Worte der Ehrung. Der holländische Genosse Troelstra wies u. a. darauf hin, daß die holländische Sozialdemokratie die ihnen angebotenen Ministerportefeuilles abgelehnt hätte. Als Vorsitzende des Parteitages fungieren die Genossen Ebert und Bock-Gotha.

Heute findet die erste Sitzung des Parteitages statt. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Der Parteivorstand, die Kontrollkommission und der Partei-Ausschuß hielten in Jena eine Sitzung ab. Einstimmig wurde beschlossen, dem Parteitage den Genossen Fritz Ebert als **Vorsitzenden der Partei** neben dem Genossen Haase vorzuschlagen. Wir halten diesen Vorschlag für einen glücklichen und hoffen, daß der Parteitag denselben möglichst einmütig akzeptiert.

Aus der Partei.

Bebels Erinnerungen. Nach dem Tode unseres Genossen Bebel ist in Parteikreisen vielfach die Frage aufgeworfen worden, wie es mit dem dritten Bande seines Buches „Aus meinem Leben" stehe. Diese Frage beantwortet ein Brief, den Genosse Bebel an den Genossen Kautsky am 21. Juli ds. Js. schrieb. Der Brief lautet:

Zürich, den 21. Juli 1913.

Lieber Karl!

Ich habe eine letztwillige Verfügung getroffen und hoffe, Du bist damit einverstanden, daß, wenn ich zur großen Armee abberufen werden sollte, bevor der dritte Band „Aus meinem Leben" fertig geworden ist, Du die Herausgabe übernimmst, soweit das Manuskript druckfertig vorliegt. Ich habe noch wenig zu tun, so ist der Band bis mit 1882 abgeschlossen. Nachher gehts rascher.

Voraussetzung ist, daß an dem Manuskript keine anderen, als nur stilistische Änderungen vorgenommen werden. Tatsächliche nur dann, wenn sichs herausstellt, daß eine von mir angegebene Tatsache eine irrtümliche ist, die ich selbst berichtigen müßte. Insbesondere sollen auch keine Namen noch lebender Personen, die ich nenne, unterdrückt oder abgekürzt wiedergegeben werden, soweit ich dieses nicht selbst im Manuskript getan habe . . .

Da ich mit Wissen niemand Unrecht getan habe und die historische Wahrheit es erfordert, daß nicht gefärbt wird, so liegt kein Grund vor, an dem Niedergeschriebenen zu ändern.

Die Briefe von mir an meine Frau, an Engels, an Dich, bleiben Familieneigentum. Die Briefe von mir an Vollmar, Motteler, Auer usw. gehören ins Archiv. Die Briefe an Schlüter sind diesem wieder zuzustellen. Ebenso gehören alle an mich nicht persönlich gerichteten Briefe, die ich zwecks Information an mich nahm, ins Archiv.

Sämtliche Broschüren und Aktenstücke sind mein Eigentum.

Ich bitte Dich, diesen Brief besonders sorgfältig aufheben zu wollen zwecks Deiner Legitimation.

Mein Befinden ist augenblicklich zufriedenstellend . . . Ich arbeite jetzt am dritten Band so, daß ich jeden Abschnitt druckfertig machen und dem übrigen Manuskript hinzufüge . . .

Herzlichen Gruß von Haus zu Haus Dein

A. Bebel."

Genosse Kautsky bemerkt zu dem Brief u. a., er werde selbstverständlich den Auftrag als heiliges Vermächtnis betrachten und ihn mit größter Gewissenhaftigkeit ausführen. Er werde trachten, das Bebelsche Fragment möglichst bald herauszubringen.

* * *

Genosse Bebel hat dem Verein „Arbeiterpresse", wie der Vorsitzende Genosse Wurm in der Generalversammlung dieses Vereins mitteilte, 10 000 Mk. letztwillig hinterlassen.

Organisation und Verlauf des belgischen Generalstreiks.

Die gegenwärtige Massenstreikbewegung in deutschen Parteikreisen hat der Leitung der Groß-Berliner Parteiorganisation Veranlassung gegeben, die beiden belgischen Genossen Huysmans und Vandesmissen einzuladen, vor den Funktionären der Groß-Berliner Organisation ihre Erfahrungen über den belgischen Massenstreik zum Besten zu geben. Die Berliner Polizei hat bekanntlich den beiden Genossen Ausweisung angedroht, falls sie nach Berlin kommen und hier ihre Vorträge halten sollten. Deshalb zogen es die Genossen vor, ihre Vorträge schriftlich einzusenden, und diese Vorträge wurden nun der Vertrauensmännerversammlung vom Freitag, dem 12. September, in deutscher Sprache übermittelt. Wir entnehmen diesen Ausführungen das folgende:

Der letzte belgische Massenstreik war eine Etappe in dem fast 50 Jahre langen Kampfe um das allgemeine Wahlrecht und die politische Gleichheit in Belgien. Alle großen Arbeiterkämpfe in früherer Zeit hatten neben der wirtschaftlichen gleichzeitig eine politische Bedeutung. Sie dienten der Erringung des allgemeinen Wahlrechts. Seit 1886 rechnen die belgischen Arbeiterorganisationen mit dem Massenstreik. 1891 wurde ein solcher Massenstreik mit teilweisem, 1893 schon mit bedeutenderem Erfolg durchgeführt. Das Pluralwahlrecht vom Jahre 1893, das der Arbeiterklasse erst parlamentarische Bedeutung in Belgien ermöglichte, ist einer der Erfolge des damaligen Massenstreiks. Das starke Vordringen der Sozialdemokratie spornte die klerikale Reaktion allerdings zu scharfen Vorstößen an; sie verschlechterten das Kommunalwahlrecht, arbeiteten an der Verkirchlichung des Unterrichts, der Ausbreitung der Klöster und der Klerikalisierung der Staatsbetriebe, und sorgte für christliche Genossenschaften und Syndikate mit Staatsunterstützung. Gestützt auf eine mit betrügerischen Mitteln erhaltene Mehrheit in der Kammer machte die Klerikalisierung des ganzen Landes Riesenfortschritte. Dagegen gibt es nur ein Heilmittel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. 1902 wurde im Kampfe um dieses Wahlrecht der Generalstreik wiederum angewandt, mißglückte aber, da die Regierung auf den Widerstand vorbereitet war und die Liberalen feindlich beiseite standen. Der Kampf um das Wahlrecht nahm nun andere Formen an. Ein Teil der Genossen glaubte, mit den Liberalen ein besseres Wahlrecht erobern zu können; 1911 kam es zum vollständigen Kompromiß mit den Liberalen, das zum Zwecke hatte, 1912 die klerikale Mehrheit zu stürzen. Die Hoffnung wurde getäuscht, die klerikale Mehrheit ging sogar verstärkt von 6 auf 16 Stimmen aus der Wahl hervor. Die Taktik eines Kompromisses mit den Liberalen war also fehlgeschlagen und wollte man nicht das Pluralwahlrecht als ewige Einrichtung hinnehmen, dann blieb nur ein Mittel, zur alten Taktik wieder zurückzukehren, zum Generalstreik. Mit der Wiederaufnahme der alten Taktik wurde ohnedies an die frühere Tradition angeknüpft. Die Partei konnte auf die Dauer der Anwendung des Massenstreiks gar nicht ausweichen. Hätte sie ihn verhindern wollen, wären die Massen über die Führer hinweggegangen. Schon am 3. Juni 1912 begann der Massenstreik ganz spontan. Es wurde versucht, ihn zu unterdrücken, es gab Tote in verschiedenen Städten und es kostete den Führern die größte Anstrengung, die Arbeiter zur vorläufigen Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Unter solchen Umständen ging die Partei planmäßig an die Organisation des Massenstreiks. Die Idee fand auch in jenen Kreisen des Bürgertums Sympathie, wo man den klerikalen Machtansprüchen sehr mißvergnügt gegenüberstand. — Bevor die eigentliche Organisation des Massenstreiks geschildert werden soll, einige Worte über die industrielle Lage in Belgien. Nach der Gewerbezählung von 1896 zählte Belgien 773 000 Arbeiter, darunter 101 000 Heimarbeiter. Frauen sind in der Industrie beschäftigt 118 000, in der Heimarbeit 65 000. 39,88 Proz. gehören der mittleren und kleineren Industrie an, 60,12 Proz. der Arbeiter der Großindustrie. Die Lohnarbeiter verteilen sich so: auf die Textilindustrie, Kleiderfabrikation, Metallindustrie, Bergwerke und das Baugewerbe zirka 60 Proz., der Rest auf die Nahrungsmittel-, Holz-, Möbel, Lederbranche usw. usw. In der Landwirtschaft sind 187 000 Arbeiter beschäftigt. Diese sind wenig und wenn überhaupt, dann klerikal organisiert. Ihre Einbeziehung in eine Aktion der modernen Arbeiterschaft ist ganz unmöglich, aber ihre Beteiligung am Massenstreik hätte auch wenig Einfluß gehabt.

Der Massenstreik wurde durch eine umfassende Propaganda vorbereitet. Die Finanzierung des Massenstreiks sollte durch Bezirksfonds, einen Nationalfonds und einen Reservefonds erfolgen. Den Bezirksverbänden sollte sowohl die Organisation wie die Finanzierung des Streiks für ihren Bezirk völlig überlassen bleiben, das Nationalkomitee hatte nur die allgemeinen Fragen zu regeln und für die Sammlung eines Reservefonds evtl. aus dem Auslande zu sorgen. Neben dem Nationalkomitee, in dem die Partei wie die Gewerkschaften und Genossenschaften vertreten waren, wurden vier Spezialausschüsse gebildet: der Agitationsausschuß, der Finanzausschuß, der Lebensmittelausschuß und der Ausschuß für Auswanderung der Kinder. Ueber diese vier Ausschüsse stand das Exekutivkomitee oder der sogenannte ausführende Ausschuß, bestehend aus dem Nationalkomitee unter Hinzuziehung der Delegierten der Spezialausschüsse, und aus diesem Ausführenden Ausschuß wurde wieder ein Ausführender Vorstand gebildet, der lediglich die laufenden Geschäfte zu besorgen hatte. Der Massenstreik wurde also durch eine Spezialorganisation vorbereitet, die ganz außerhalb des Rahmens der bestehenden Organisation fiel. Die Arbeit der einzelnen Ausschüsse war sehr mannigfaltig. Der Agitationsausschuß hat in der Zeit vom 12. August 1912 bis 1. April 1913 eine Anzahl Manifeste in einer Auflage von mehr als einer Million herausgegeben. Diese Manifeste wurden auch als Plakate in allen Gemeinden angeschlagen. Neben diesen Manifesten wurde eine größere Anzahl Broschüren verbreitet, eine Broschüre gegen das Pluralwahlrecht von Vandervelde, eine über das allgemeine Wahlrecht und die Gewerkschaften von Delvigné, eine dritte an die christlichen Arbeiter von Dewinne, eine Broschüre kurz vor dem Beginn des Streiks von Vandersmissen: „Sind wir bereit zum Generalstreik?", endlich eine Broschüre an die Soldaten von Brouckere, und weiter wurde eine eigene Zeitung herausgegeben, durch die die Eisenbahner und Transportarbeiter für den Streik gewonnen werden sollten. Für die Agitatoren selbst waren bestimmt drei umfangreiche Broschüren, aus denen sie alles notwendige Material über den Massenstreik entnehmen konnten. Der Agitationsausschuß gab außerdem heraus eine Propagandamarke zum Briefverschluß, die in 650 000 Exemplaren in Umlauf gelangte, bevor ihre Beförderung von der Post verboten wurde. Weiter wurde eine Propagandamedaille ausgegeben, die in zirka 123 000 Exemplaren Absatz fand, Tausende von Versammlungen und Demonstrationen zur Propagierung des Massenstreiks wurden neben dieser schriftlichen Propaganda veranstaltet.

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie nahm einen Brief aus der Tasche, den sie Haltmann hinreichte.

„Lesen Sie," sagte sie. „Das ist das Schreiben! Ich mag den Schmutz nicht wieder in den Mund nehmen."

Haltmann las die entsetzlichen Zeilen. Seine Augen irrten über das Papier, dann schüttelte er sich vor Ekel.

„Und was haben Sie Ihrem Chef gesagt?" fragte er dann.

„Die Wahrheit!" entgegnete sie ruhig.

„Marie!"

„Gewiß! Was sonst? Sollte ich es auf Wiederholungen solcher Briefe ankommen lassen?"

„Und was sagte Ihr Chef?"

„Er war sehr niedergeschlagen. Er hat sich einige Tage Bedenkzeit ausgebeten und gestern eröffnete er mir, daß er mit seinem Prokuristen die Angelegenheit besprochen habe und daß, nachdem er in zweijähriger Tätigkeit mich kennen und achten gelernt habe, weder für ihn noch für seinen Prokuristen sich ein Anlaß ergebe, mir zu kündigen."

„So ist ja alles gut, Marie!" jubelte Haltmann.

Sie lächelte bitter.

„Nicht so ganz, mein Freund! Der Chef verlangt — und hier kann ich ihm nicht unrecht geben — daß ich in irgend einer Weise Sorge tragen soll, daß derartige Briefe nicht ferner eintreffen. Wie aber soll ich das verhindern? Der Name Baumbach als Absender des Briefes ist natürlich nur ein Pseudonym."

Haltmann legte seine Hand auf die ihre.

„Ich kenne den Absender, Marie!"

„Sie? Wer ist es?"

„Reising!"

„Ah, der Elende!"

Sie hatte die Hand geballt; Blitze sprühten aus ihren Augen.

„Wie haben Sie das ermittelt?" fragte sie.

Er gab ihr in wenigen Worten Aufschluß und schloß seine Erzählung mit der Bemerkung:

„Ich suche ihn noch heute auf!"

Sie sah ihn fragend an.

„Was glauben Sie damit zu erreichen?"

„Ihn zum Schweigen zu bringen!" entgegnete Haltmann kurz und hart.

Er warf einen Blick auf die Uhr; sie zeigte halb zwei.

„Ich werde," nahm er wieder das Wort, „in seine Wohnung fahren; ich glaube, daß ich ihn jetzt nach der Tischzeit daheim treffe — wo wollen Sie mich erwarten, Marie?"

„Was wollen Sie tun?" fragte sie entsetzt.

„Nichts Schlimmes — seien Sie ohne Sorge! Nur Sie schützen, Marie! Geben Sie mir dazu das Recht?"

Sie sah ihn lange und unschlüssig an.

„Ja!" sagte sie endlich.

„Gut! Wo wollen wir uns wieder treffen? Wollen Sie mich hier erwarten? Hier ist es still und ruhig. Gar zu lange werde ich ja nicht ausbleiben."

Sie nickte.

„Ich warte hier — es ist das beste! Aber bleiben Sie nicht zu lange — ich sitze wie auf Kohlen. Und dann vor allem: behalten Sie ruhiges Blut!"

„Ohne Furcht, Marie! Mein Blut wallt heute so kühl, wie selten zuvor. Geben Sie mir die Briefe mit, die Sie bei sich haben!"

Sie gab sie ihm. Dann verabschiedete er sich. Draußen rief er eine Droschke heran, und nach kurzer Fahrt war er an Reisings Wohnung angelangt, die das Detektivinstitut ermittelt und ihm mitgeteilt hatte; auch daß Reising in einem hiesigen Exportgeschäft in Stellung war, hatte er auf jenem Wege erfahren.

Das Glück war Haltmann günstig. Als die Wohnungstür nach kurzem Läuten von einer Frau geöffnet wurde, sagte ihm diese auf seine Frage, daß Herr Reising in seinem Zimmer sei. — Einen Augenblick später standen sich die beiden Auge in Auge gegenüber. — Verwundert starrte Reising den Besucher an; er begriff offenbar nicht, was dieser Mensch nach der letzten Begegnung noch von ihm wollte.

Haltmann hatte sich kühl und förmlich verneigt und begann dann sofort:

„Ich muß Sie bitten, mir in einer persönlichen Angelegenheit einige Minuten zu schenken!"

Reising hob hochmütig den Kopf.

„Ich wüßte nicht," sagte er, „was wir noch miteinander zu verhandeln hätten, nachdem Sie es vorgezogen, sich bei unserem letzten Zusammentreffen etwas — sagen wir mal — eigentümlich zu benehmen."

„Auch mir wäre es lieber gewesen," antwortete Haltmann in gemessenem Tone, „wenn ein Wiedersehen zu vermeiden gewesen wäre. Zwingende Umstände indessen nötigen mich, Sie heute aufzusuchen."

„Um was handelt es sich," fragte Reising kurz.

„Um eine gewisse Tätigkeit Ihrerseits, über die ich Aufschluß und eine Erklärung zu haben wünsche."

Reising lachte laut auf.

„Das ist ja merkwürdig! Was geht Sie meine Tätigkeit an?"

„Eine allerdings doch! Sie betreiben nämlich seit einiger Zeit eine schwungvolle Fabrikation anonymer Schmähbriefe —"

Reising verfärbte sich.

„Ich — ich —," stammelte er.

„Ohne Zweifel Sie! Wie die Kellnerin Anna Walf in der Krone Ihnen, wenn Sie das wünschen, bestätigen wird! Sie sehen, ich bin orientiert!"

„Na ja — ich weiß zwar nicht, wie Sie zu der Wissenschaft kommen, aber das weiß ich, daß Ihnen überhaupt kein Recht zusteht, mich deswegen zur Rede zu stellen!"

Gelassen zog Haltmann die Briefe, die ihm Marie gegeben, aus der Tasche.

„Der Besitz dieser Briefe wird Ihnen beweisen," sagte er, „daß ich doch nicht so ganz unberechtigt dazu bin. Erkennen Sie die Briefe als diejenigen an, welche Sie der Kellnerin Anna Wolf diktiert haben, und welche dann mit Ihrem Wissen und Willen an ihre Adressen, nämlich an den Chef der Firma Siebert & Co., an deren Prokuristen sowie an Fräulein Marie Sanders geschickt worden sind?"

„Und wenn ich das nicht tue?"

„So wird noch heute Strafantrag gegen Sie wegen verleumderischer Beleidigung gestellt, und einige Monate Gefängni sind Ihnen sicher! Abschriften dieser Briefe aber mit dem nötigen Kommentar sende ich dann ebenfalls noch heute an Ihren Chef, damit dieser erfährt, wen er in seinem Geschäft besitzt! Ich frage Sie also nochmals, wollen Sie sich als Verfasser und Absender dieser Schriftstücke bekennen?"

Der Ton Haltmanns war so drohend, daß Reising alle Sicherheit, die er bisher zur Schau getragen, schwinden fühlte. Er versuchte jetzt auf eine andere Art um die unbequeme Situation herumzukommen.

„Aber sagen Sie mal, Verehrtester, das ist doch wahrlich zu komisch, daß Sie sich zum Beschützer dieser Dame aufwerfen —"

Er kam nicht weiter; denn scharf schnitt ihm Haltmann jedes weitere Wort ab.

„Ob Sie das komisch finden oder nicht, interessiert mich nicht. Sie dürfen jedoch überzeugt sein, daß jeder Ehrenmann in solchem Fall als Beschützer einer in gemeinster Weise mit Schmutz angeworfenen und in ihrer Ehre und Stellung bedrohten Dame aufzutreten sich verpflichtet fühlen würde. Ich ersuche Sie zum letzten Male, die gewünschte Erklärung zu geben!"

„Sie wissen ja alles — warum soll ich es denn da noch sagen, Verehrtester?"

Neue Jacken-Kostüme

Herbst-Kostüme aus modernsten Phantasie-Stoffen, schicke Fassons, in guter Verarbeitung mit Cloth oder Serge gef. 36^{00} 22^{50} **13^{75}**

Herbst-Kostüme
neue Fassons aus reinwollen. marine Kammgarn auf gutem Cloth oder Serge gefüttert . . . . . 21^{00} 18^{50} **14^{50}**

Herbst-Kostüme
aus marine Kammgarn oder modernen Phantasiestoffen mit Seidenserge gefüttert, tadelloser Sitz . . . . . 33^{00} 30^{00} **26^{50}**

Herbst-Kostüme
aus marine Kammgarn, Cord, Loop und anderen modernen Stoffen, tadellose Verarbeitung, Maßersatz . . . . . 54^{00} 48^{00} **42^{50}**

Elegante Kostüme
in aparten schicken Fassons aus Ramagé, Velours und neuen Phantasiestoffen . . . . . 98^{00} 85^{00} **65^{00}**

Blusen-Neuheiten

Neue Rüschen-Blusen aus Wollkrepp Fledermaus-Fasson, „Saison-Neuheit", 4^{50} **3^{50}**

Neue Rüschen-Blusen aus Ramagé, Wollkrepp und Seide . . . . . 10^{75} 8^{50} **6^{50}**

Elegante Blusen neue aparte Fassons aus Wollstoffen, Tüll und Seide . . 24^{00} 16^{75} **12^{50}**

Neue Mäntel u. Jacketts

Neue Herbst-Mäntel Ulster-Form, offen und hochgeschl. in blauen und melierten haltbaren Stoffen . . . . . 15^{00} 10^{50} **8^{75}**

Neue Herbst-Mäntel
aus Plausch-, Curl-, Loop- und Phantasiestoffen . . . . . 21^{00} 18^{50} **16^{50}**

Neue Herbst-Mäntel
aus Tuch, Velour, Krimmer, Astrachan und Pelzimitation in allen mod. Farben . . . . . 33^{00} 26^{50} **22^{50}**

Elegante Herbst-Mäntel
aparte Fassons mit neuen Kragengarnierungen aus englischen Stoffen, Samt und Affenhaut . . . . . 54^{00} 45^{00} **39^{00}**

Sport- u. Blusen-Jacken
aus Diagonal, Velour und Krimmer . . . . . 30^{00} 25^{00} **22^{50}**

Neuheiten in Kostüm-Röcken

Kostüm-Röcke aus meliert. u. Kammgarnst. mit Riegel, Knopfgarnierung . 4^{50} 3^{45} **2^{65}**

Kostüm-Röcke neueste Machart, mod. gestr. Phantasiest. u. uni Kammgarn 8^{75} 6^{75} **5^{75}**

Kostüm-Röcke Cutaway-Fassons in neuartigen Stoffen . . . . 19^{50} 15^{00} **10^{50}**

Besonders vorteilhafte Herbst-Angebote!

Anfertigung nach Mass unter Garantie guten Sitzes.

6873

Gebr. Hirschfeld

Modehaus für Damen- u. Kinder-Konfektion.

Verkauf 6866

lebender Butt
am Dienstag, d. 16. September 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Holstenbrücke, Eutiner Brücke
und
Hüxtertorbrücke.

Verlobte:
Wilhelmine Möller
Gustav Saebs
Schwartau. (6863) Rensefeld.

Durch Unglücksfall entriß mir der unerbittliche Tod am Sonnabend nachmittag meinen lieben Sohn

Willi

im 8. Lebensjahre, tief betrauert von mir, seinen Geschwistern, Großeltern und allen, die ihm nahe standen

Johannes Waack.

Lübeck, den 15. September 1913.
St. Kiesau 20. (6872
Trauerfeier am Mittwoch, dem 17. September, nachmittags 3½ Uhr in der Kapelle Vorwerk.

Ein größeres Schulmädchen
gesucht.
6871) Glorinstraße 2a.

Wir stellen einen selbständig arbeitenden Wagensattler ein
H. F. Meiners.
6870) Dankwartsgrube 51/63.

Gesucht (6864

Malergehilfen.
Aug. Fölsch, Bei St. Johannis 22.

Zu vermieten eine kleine Drei-Stuben-Wohnung.
6867) Fischergrube 38/5.

Ein großes Sofa und ein runder Sofatisch billig zu verkaufen.
Zu der Trave 158, bei der
6866) Mühlenstraße.

Logis für junge Leute
zu vermieten.
6851) Gr. Burgstr. 27.

Ein 2rädiger Wagen
zu verkaufen. (6865
Marlistraße 5.

Achtung Harmonikaspieler!!!
Bandonion, Konzertina, 76tönig, Neuwert 110 Mk., für 35 Mk. zu verkaufen. (6861) Ludwigstr. 33, I.

Meine beleidigenden Worte gegen Frau **Kalkorski** in Rensefeld nehme ich mit Bedauern zurück. (6859
Frau **Aesemann, Rensefeld.**

Bestes **Rägoda** Schnell-Wasch-Mittel
Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Schneeweisse Wäsche.
Überall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder 1 Schere usw. (1823
10 „ 1 echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel usw.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Gemeinschaftliche
Versammlung
am Dienstag, dem 16. September
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom Sommervergnügen.
3. Neuwahl des Festkomitees.
4. Bericht vom Kartell.
5. Verschiedenes.

6869 **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich. D. O.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Ortsverwaltung Lübeck.

Einladung zum
Sommerfest
am Dienstag, dem 16. September 1913
im Lokale des Herrn Fürböter, Wakenitz-Bellevue.
Damen- und Kindervergnügen nachm. 5 Uhr.
Ballanfang 8 Uhr. Ende morgens.
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei. (6858) **Das Komitee.**

Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Ferienwanderungen.

2.—7. Oktober: **Harz-Kyffhäuser.**
2. „ **Bungsberg.**
6. „ **Behlendorf.**
8. „ **Genin-Büssau.**

Karten sind in den Schulen, bei den Herren **Krüger**, Schulstr. 12a, **Rein**, Mühlenstraße 89, **Sahlmann**, Geverdesstraße 33, **Wessel**, Moislinger Allee 4a und Dienstags nachmittags 5—7 Uhr in der Geschäftsstelle, Hüxstr. 69, zu haben. (6862

Die Kommission für Jugendwandern.

„Cines"
Hansa-Theater.
Das neue Programm
vom 12. bis einschl. 18. Septbr.
Lachen, Lachen, Lachen.

The Garden Sisters
Gymnastik.
Olloms & Page
Melange-Akt. (6817
2 Lillies
neuartiger Spiegel-Akt u. Tänze.
O Brion Bros
Humpsty-Bumpsty.
Humoristische Turnkünstler.
The Australian Mc. Leans
Wirbelwind-Tänzer.
Emerson & Baldwin
Amerik. Varieté-Komödianten.
Außerdem unsere erlesenen
Licht-Kunstspiele.

Vorstellung: Wochentags 8½ Uhr.
Sonntags 4 und 8 Uhr.

Vorverkauf bei Nagel u. Sager.

Arbeiter-Bildungsverein.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 16. Septbr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Unsere Kurse.
3. Festsetzung des Winterprogramms
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ersuchen wir um zahlreiches Erscheinen.

6868) **Der Vorstand.**

NB. Dienstag 8 Uhr präzise Vorstandssitzung.

Neues Stadt-Theater.

Dienstag, den 16. September:
Eröffnungsvorstellung.
4. V. i. Voll-Ab. 1. V. i. Dienst.-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende 11¾ Uhr.
Faust
von Goethe.
Mittelpreise.
Mittwoch, den 17. September:
Geschlossen.
Donnerstag, den 18. September:
2. V. i. V.-A. 1. V. i. Donnerst.-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Fidelio.
Oper von Beethoven.
Große Preise.
Freitag, den 19. September:
3. V. i. Voll-Ab. 1. V. i. Freit.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Neuheit! Neuheit!
Kammermusik.
Lustspiel von Ilgenstein.
Mittelpreise. (6782
Kassenöffnung von 11—2 Uhr und ½ Stunde vor Beginn der Vorstellung.
Ausgabe der Abonnements bis Sonnabend täglich von 10—1 und 3—6 Uhr. Von Sonntag ab während der gew. Kassenstunden.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 216. Montag, den 15. September 1913. 20. Jahrg.

Der Parteitag

ist gestern abend in Jena im prächtigen Volkshause unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung eröffnet worden. Genosse Hermann Molkenbuhr, das älteste Mitglied der Parteileitung, widmete dem Genossen Bebel eine tiefempfundene Gedächtnisrede, die der Parteitag stehend anhörte. Daran schlossen sich die Ansprachen der ausländischen Delegierten. Der österreichische Reichsratsabgeordnete Genosse Pernerstorfer gab der Teilnahme an dem Verluste Bebels Ausdruck und auch der englische Parteiführer Genosse Keir Hardie widmete dem verstorbenen Genossen herzliche Worte der Ehrung. Der holländische Genosse Troelstra wies u. a. darauf hin, daß die holländische Sozialdemokratie die ihnen angebotenen Ministerportefeuilles abgelehnt hätte. Als Vorsitzende des Parteitages fungieren die Genossen Ebert und Bock-Gotha.

Heute findet die erste Sitzung des Parteitages statt. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Der Parteivorstand, die Kontrollkommission und der Partei-Ausschuß hielten in Jena eine Sitzung ab. Einstimmig wurde beschlossen, dem Parteitage den Genossen Fritz Ebert als **Vorsitzenden der Partei** neben dem Genossen Haase vorzuschlagen. Wir halten diesen Vorschlag für einen glücklichen und hoffen, daß der Parteitag denselben möglichst einmütig akzeptiert.

Aus der Partei.

Bebels Erinnerungen. Nach dem Tode unseres Genossen Bebel ist in Parteikreisen vielfach die Frage aufgeworfen worden, wie es mit dem dritten Bande seines Buches „Aus meinem Leben" stehe. Diese Frage beantwortet ein Brief, den Genosse Bebel an den Genossen Kautsky am 21. Juli ds. Js. schrieb. Der Brief lautet:

Zürich, den 21. Juli 1913.

Lieber Karl!

Ich habe eine letztwillige Verfügung getroffen und hoffe, Du bist damit einverstanden, daß, wenn ich zur großen Armee abberufen werden sollte, bevor der dritte Band „Aus meinem Leben" fertig geworden ist, Du die Herausgabe übernimmst, soweit das Manuskript druckfertig vorliegt. Ich habe noch wenig zu tun, so ist der Band bis mit 1882 abgeschlossen. Nachher gehts rascher.

Voraussetzung ist, daß an dem Manuskript keine anderen, als nur stilistische Änderungen vorgenommen werden. Tatsächliche nur dann, wenn sichs herausstellt, daß eine von mir angegebene Tatsache eine irrtümliche ist, die ich selbst berichtigen müßte. Insbesondere sollen auch keine Namen noch lebender Personen, die ich nenne, unterdrückt oder abgekürzt wiedergegeben werden, soweit ich dieses nicht selbst im Manuskript getan habe . . .

Da ich mit Wissen niemand Unrecht getan habe und die historische Wahrheit es erfordert, daß nicht gefärbt wird, so liegt kein Grund vor, an dem Niedergeschriebenen zu ändern.

Die Briefe von mir an meine Frau, an Engels, an Dich, bleiben Familieneigentum. Die Briefe von mir an Vollmar, Motteler, Auer usw. gehören ins Archiv. Die Briefe an Schlüter sind diesem wieder zuzustellen. Ebenso gehören alle an mich nicht persönlich gerichteten Briefe, die ich zwecks Information an mich nahm, ins Archiv.

Sämtliche Broschüren und Aktenstücke sind mein Eigentum.

Ich bitte Dich, diesen Brief besonders sorgfältig aufheben zu wollen zwecks Deiner Legitimation.

Mein Befinden ist augenblicklich zufriedenstellend . . . Ich arbeite jetzt am dritten Band so, daß ich jeden Abschnitt druckfertig machen und dem übrigen Manuskript hinzufüge . . .

Herzlichen Gruß von Haus zu Haus Dein

A. Bebel."

Genosse Kautsky bemerkt zu dem Brief u. a., er werde selbstverständlich den Auftrag als heiliges Vermächtnis betrachten und ihn mit größter Gewissenhaftigkeit ausführen. Er werde trachten, das Bebelsche Fragment möglichst bald herauszubringen.

* * *

Genosse Bebel hat dem Verein „Arbeiterpresse", wie der Vorsitzende Genosse Wurm in der Generalversammlung dieses Vereins mitteilte, 10 000 Mk. letztwillig hinterlassen.

Organisation und Verlauf des belgischen Generalstreiks.

Die gegenwärtige Massenstreikbewegung in deutschen Parteikreisen hat der Leitung der Groß-Berliner Parteiorganisation Veranlassung gegeben, die beiden belgischen Genossen Huysmans und Vandesmissen einzuladen, vor den Funktionären der Groß-Berliner Organisation ihre Erfahrungen über den belgischen Massenstreik zum Besten zu geben. Die Berliner Polizei hat bekanntlich den beiden Genossen Ausweisung angedroht, falls sie nach Berlin kommen und hier ihre Vorträge halten sollten. Deshalb zogen es die Genossen vor, ihre Vorträge schriftlich einzusenden, und diese Vorträge wurden nun der Vertrauensmännerversammlung vom Freitag, dem 12. September, in deutscher Sprache übermittelt. Wir entnehmen diesen Ausführungen das folgende:

Der letzte belgische Massenstreik war eine Etappe in dem fast 50 Jahre langen Kampfe um das allgemeine Wahlrecht und die politische Gleichheit in Belgien. Alle großen Arbeiterkämpfe in früherer Zeit hatten neben der wirtschaftlichen gleichzeitig eine politische Bedeutung. Sie dienten der Erringung des allgemeinen Wahlrechts. Seit 1886 rechnen die belgischen Arbeiterorganisationen mit dem Massenstreik. 1891 wurde ein solcher Massenstreik mit teilweisem, 1893 schon mit bedeutenderem Erfolg durchgeführt. Das Pluralwahlrecht vom Jahre 1893, das der Arbeiterklasse erst parlamentarische Bedeutung in Belgien ermöglichte, ist einer der Erfolge des damaligen Massenstreiks. Das starke Vordringen der Sozialdemokratie spornte die klerikale Reaktion allerdings zu scharfen Vorstößen an; sie verschlechterten das Kommunalwahlrecht, arbeiteten an der Verkirchlichung des Unterrichts, der Ausbreitung der Klöster und der Klerikalisierung der Staatsbetriebe, und sorgte für christliche Genossenschaften und Syndikate mit Staatsunterstützung. Gestützt auf eine mit betrügerischen Mitteln erhaltene Mehrheit in der Kammer machte die Klerikalisierung des ganzen Landes Riesenfortschritte. Dagegen gibt es nur ein Heilmittel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. 1902 wurde im Kampfe um dieses Wahlrecht der Generalstreik wiederum angewandt, mißglückte aber, da die Regierung auf den Widerstand vorbereitet war und die Liberalen feindlich beiseite standen. Der Kampf um das Wahlrecht nahm nun andere Formen an. Ein Teil der Genossen glaubte, mit den Liberalen ein besseres Wahlrecht erobern zu können; 1911 kam es zum vollständigen Kompromiß mit den Liberalen, das zum Zwecke hatte, 1912 die klerikale Mehrheit zu stürzen. Die Hoffnung wurde getäuscht, die klerikale Mehrheit ging sogar verstärkt von 6 auf 16 Stimmen aus der Wahl hervor. Die Taktik eines Kompromisses mit den Liberalen war also fehlgeschlagen und wollte man nicht das Pluralwahlrecht als ewige Einrichtung hinnehmen, dann blieb nur ein Mittel, zur alten Taktik wieder zurückzukehren, zum Generalstreik. Mit der Wiederaufnahme der alten Taktik wurde ohnedies an die frühere Tradition angeknüpft. Die Partei konnte auf die Dauer der Anwendung des Massenstreiks gar nicht ausweichen. Hätte sie ihn verhindern wollen, wären die Massen über die Führer hinweggegangen. Schon am 3. Juni 1912 begann der Massenstreik ganz spontan. Es wurde versucht, ihn zu unterdrücken, es gab Tote in verschiedenen Städten und es kostete den Führern die größte Anstrengung, die Arbeiter zur vorläufigen Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Unter solchen Umständen ging die Partei planmäßig an die Organisation des Massenstreiks. Die Idee fand auch in jenen Kreisen des Bürgertums Sympathie, wo man den klerikalen Machtansprüchen sehr mißvergnügt gegenüberstand. — Bevor die eigentliche Organisation des Massenstreiks geschildert werden soll, einige Worte über die industrielle Lage in Belgien. Nach der Gewerbezählung von 1896 zählte Belgien 773 000 Arbeiter, darunter 101 000 Heimarbeiter. Frauen sind in der Industrie beschäftigt 118 000, in der Heimarbeit 65 000. 39,88 Proz. gehören der mittleren und kleineren Industrie an, 60,12 Proz. der Arbeiter der Großindustrie. Die Lohnarbeiter verteilen sich so: auf die Textilindustrie, Kleiderfabrikation, Metallindustrie, Bergwerke und das Baugewerbe zirka 60 Proz., der Rest auf die Nahrungsmittel-, Holz-, Möbel, Lederbranche usw. usw. In der Landwirtschaft sind 187 000 Arbeiter beschäftigt. Diese sind wenig und wenn überhaupt, dann klerikal organisiert. Ihre Einbeziehung in eine Aktion der modernen Arbeiterschaft ist ganz unmöglich, aber ihre Beteiligung am Massenstreik hätte auch wenig Einfluß gehabt.

Der Massenstreik wurde durch eine umfassende Propaganda vorbereitet. Die Finanzierung des Massenstreiks sollte durch Bezirksfonds, einen Nationalfonds und einen Reservefonds erfolgen. Den Bezirksverbänden sollte sowohl die Organisation wie die Finanzierung des Streiks für ihren Bezirk völlig überlassen bleiben, das Nationalkomitee hatte nur die allgemeinen Fragen zu regeln und für die Sammlung eines Reservefonds evtl. aus dem Auslande zu sorgen. Neben dem Nationalkomitee, in dem die Partei wie die Gewerkschaften und Genossenschaften vertreten waren, wurden vier Spezialausschüsse gebildet: der Agitationsausschuß, der Finanzausschuß, der Lebensmittelausschuß und der Ausschuß für Auswanderung der Kinder. Ueber diese vier Ausschüsse stand das Exekutivkomitee oder der sogenannte ausführende Ausschuß, bestehend aus dem Nationalkomitee unter Hinzuziehung der Delegierten der Spezialausschüsse, und aus diesem Ausführenden Ausschuß wurde wieder ein Ausführender Vorstand gebildet, der lediglich die laufenden Geschäfte zu besorgen hatte. Der Massenstreik wurde also durch eine Spezialorganisation vorbereitet, die ganz außerhalb des Rahmens der bestehenden Organisation fiel. Die Arbeit der einzelnen Ausschüsse war sehr mannigfaltig. Der Agitationsausschuß hat in der Zeit vom 12. August 1912 bis 1. April 1913 eine Anzahl Manifeste in einer Auflage von mehr als einer Million herausgegeben. Diese Manifeste wurden auch als Plakate in allen Gemeinden angeschlagen. Neben diesen Manifesten wurde eine größere Anzahl Broschüren verbreitet, eine Broschüre gegen das Pluralwahlrecht von Vandervelde, eine über das allgemeine Wahlrecht und die Gewerkschaften von Delvigné, eine dritte an die christlichen Arbeiter von Dewinne, eine Broschüre kurz vor dem Beginn des Streiks von Vandersmissen: „Sind wir bereit zum Generalstreik?", endlich eine Broschüre an die Soldaten von Brouckere, und weiter wurde eine eigene Zeitung herausgegeben, durch die die Eisenbahner und Transportarbeiter für den Streik gewonnen werden sollten. Für die Agitatoren selbst waren bestimmt drei umfangreiche Broschüren, aus denen sie alles notwendige Material über den Massenstreik entnehmen konnten. Der Agitationsausschuß gab außerdem heraus eine Propagandamarke zum Briefverschluß, die in 650 000 Exemplaren in Umlauf gelangte, bevor ihre Beförderung von der Post verboten wurde. Weiter wurde eine Propagandamedaille ausgegeben, die in zirka 123 000 Exemplaren Absatz fand, Tausende von Versammlungen und Demonstrationen zur Propagierung des Massenstreiks wurden neben dieser schriftlichen Propaganda veranstaltet.

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie nahm einen Brief aus der Tasche, den sie Haltmann hinreichte.

„Lesen Sie," sagte sie. „Das ist das Schreiben! Ich mag den Schmutz nicht wieder in den Mund nehmen."

Haltmann las die entsetzlichen Zeilen. Seine Augen irrten über das Papier, dann schüttelte er sich vor Ekel.

„Und was haben Sie Ihrem Chef gesagt?" fragte er dann.

„Die Wahrheit!" entgegnete sie ruhig.

„Marie!"

„Gewiß! Was sonst? Sollte ich es auf Wiederholungen solcher Briefe ankommen lassen?"

„Und was sagte Ihr Chef?"

„Er war sehr niedergeschlagen. Er hat sich einige Tage Bedenkzeit ausgebeten und gestern eröffnete er mir, daß er mit seinem Prokuristen die Angelegenheit besprochen habe und daß, nachdem er in zweijähriger Tätigkeit mich kennen und achten gelernt habe, weder für ihn noch für seinen Prokuristen sich ein Anlaß ergebe, mir zu kündigen."

„So ist ja alles gut, Marie!" jubelte Haltmann.

Sie lächelte bitter.

„Nicht so ganz, mein Freund! Der Chef verlangt — und hier kann ich ihm nicht unrecht geben — daß ich in irgend einer Weise Sorge tragen soll, daß derartige Briefe nicht ferner eintreffen. Wie aber soll ich das verhindern? Der Name Baumbach als Absender des Briefes ist natürlich nur ein Pseudonym."

Haltmann legte seine Hand auf die ihre.

„Ich kenne den Absender, Marie!"

„Sie? Wer ist es?"

„Reising!"

„Ah, der Elende!"

Sie hatte die Hand geballt; Blitze sprühten aus ihren Augen.

„Wie haben Sie das ermittelt?" fragte sie.

Er gab ihr in wenigen Worten Aufschluß und schloß seine Erzählung mit der Bemerkung:

„Ich suche ihn noch heute auf!"

Sie sah ihn fragend an.

„Was glauben Sie damit zu erreichen?"

„Ihn zum Schweigen zu bringen!" entgegnete Haltmann ernst und hart.

Er warf einen Blick auf die Uhr; sie zeigte halb zwei.

„Ich werde," nahm er wieder das Wort, „in seine Wohnung fahren; ich glaube, daß ich ihn jetzt nach der Tischzeit daheim treffe — wo wollen Sie mich erwarten, Marie?"

„Was wollen Sie tun?" fragte sie entsetzt.

„Nichts Schlimmes — seien Sie ohne Sorge! Nur Sie schützen, Marie! Geben Sie mir dazu das Recht?"

Sie sah ihn lange und unschlüssig an.

„Ja!" sagte sie endlich.

„Gut! Wo wollen wir uns wieder treffen? Wollen Sie mich hier erwarten? Hier ist es still und ruhig. Gar zu lange werde ich ja nicht ausbleiben."

Sie nickte.

„Ich warte hier — es ist das beste! Aber bleiben Sie nicht zu lange — ich sitze wie auf Kohlen. Und dann vor allem: behalten Sie ruhiges Blut!"

„Ohne Furcht, Marie! Mein Blut wallt heute so kühl, wie selten zuvor. Geben Sie mir die Briefe mit, die Sie bei sich haben!"

Sie gab sie ihm. Dann verabschiedete er sich. Draußen rief er eine Droschke heran, und nach kurzer Fahrt war er an Reisings Wohnung angelangt, die das Detektivinstitut ermittelt und ihm mitgeteilt hatte; auch daß Reising in einem hiesigen Exportgeschäft in Stellung war, hatte er auf jenem Wege erfahren.

Das Glück war Haltmann günstig. Als die Wohnungstür nach kurzem Läuten von einer Frau geöffnet wurde, sagte ihm diese auf seine Frage, daß Herr Reising in seinem Zimmer sei. — Einen Augenblick später standen sich die beiden Auge in Auge gegenüber. — Verwundert starrte Reising den Besucher an; er begriff offenbar nicht, was dieser Mensch nach der letzten Begegnung noch von ihm wollte.

Haltmann hatte sich kühl und förmlich verneigt und begann dann sofort:

„Ich muß Sie bitten, mir in einer persönlichen Angelegenheit einige Minuten zu schenken!"

Reising hob hochmütig den Kopf.

„Ich wüßte nicht," sagte er, „was wir noch miteinander zu verhandeln hätten, nachdem Sie es vorgezogen, sich bei unserem letzten Zusammentreffen etwas — sagen wir mal — eigentümlich zu benehmen."

„Auch mir wäre es lieber gewesen," antwortete Haltmann in gemessenem Tone, „wenn ein Wiedersehen zu vermeiden gewesen wäre. Zwingende Umstände indessen nötigen mich, Sie heute aufzusuchen."

„Um was handelt es sich," fragte Reising kurz.

„Um eine gewisse Tätigkeit Ihrerseits, über die ich Aufschluß und eine Erklärung zu haben wünsche."

Reising lachte laut auf.

„Das ist ja merkwürdig! Was geht Sie meine Tätigkeit an?"

„Eine allerdings doch! Sie betreiben nämlich seit einiger Zeit eine schwungvolle Fabrikation anonymer Schmähbriefe —"

Reising verfärbte sich.

„Ich — ich —," stammelte er.

„Ohne Zweifel Sie! Wie die Kellnerin Anna Walf in der Krone Ihnen, wenn Sie das wünschen, bestätigen wird! Sie sehen, ich bin orientiert!"

„Na ja — ich weiß zwar nicht, wie Sie zu der Wissenschaft kommen, aber das weiß ich, daß Ihnen überhaupt kein Recht zusteht, mich deswegen zur Rede zu stellen!"

Gelassen zog Haltmann die Briefe, die ihm Marie gegeben, aus der Tasche.

„Der Besitz dieser Briefe wird Ihnen beweisen," sagte er, „daß ich doch nicht so ganz unberechtigt dazu bin. Erkennen Sie die Briefe als diejenigen an, welche Sie der Kellnerin Anna Wolf diktiert haben, und welche dann mit Ihrem Wissen und Willen an ihre Adressen, nämlich an den Chef der Firma Siebert & Co., an deren Prokuristen sowie an Fräulein Marie Sanders geschickt worden sind?"

„Und wenn ich das nicht tue?"

„So wird noch heute Strafantrag gegen Sie wegen verleumderischer Beleidigung gestellt, und einige Monate Gefängni sind Ihnen sicher! Abschriften dieser Briefe aber mit dem nötigen Kommentar sende ich dann ebenfalls noch heute an Ihren Chef, damit dieser erfährt, wen er in seinem Geschäft besitzt! Ich frage Sie also nochmals, wollen Sie sich als Verfasser und Absender dieser Schriftstücke bekennen?"

Der Ton Haltmanns war so drohend, daß Reising alle Sicherheit, die er bisher zur Schau getragen, schwinden fühlte. Er versuchte jetzt auf eine andere Art um die unbequeme Situation herumzukommen.

„Aber sagen Sie mal, Verehrtester, das ist doch wahrlich zu komisch, daß Sie sich zum Beschützer dieser Dame aufwerfen —"

Er kam nicht weiter; denn scharf schnitt ihm Haltmann jedes weitere Wort ab.

„Ob Sie das komisch finden oder nicht, interessiert mich nicht. Sie dürfen jedoch überzeugt sein, daß jeder Ehrenmann in solchem Fall als Beschützer einer in gemeinster Weise mit Schmutz angeworfenen und in ihrer Ehre und Stellung bedrohten Dame aufzutreten sich verpflichtet fühlen würde. Ich ersuche Sie zum letzten Male, die gewünschte Erklärung zu geben!"

„Sie wissen ja alles — warum soll ich es denn da noch sagen, Verehrtester?"

Der Finanzausschuß hatte die Aufgabe, für die nötigen Mittel zu sorgen. Von Gewerkschaften und Genossenschaften waren von vornherein 39 000 Frcs. zum Propagandafonds gezeichnet und es blieb nun die Aufgabe, 400 000 Arbeiter, von denen nur ein Drittel den Gewerkschaften angehörte, für mehrere Wochen zu unterstützen. Die Mittel der Gewerkschaften und Genossenschaften sollten nicht zu stark in Angriff genommen werden, um im Falle einer Niederlage diese Organisationen nicht auffliegen zu lassen. Die meisten Gewerkschaften beschlossen daher, erst nach vierzehntägigem Streik und auch dann nur mit wesentlichen Zuschüssen einzugreifen, andere Gewerkschaften lehnten jede Unterstützung ab. Der Finanzausschuß empfahl also: 1. individuelles Sparen, 2. zur Bildung eines Streikfonds, Ausgabe von Streikfondsheften mit Scheinen über 1—100 Frcs. lautend, 3. offizielles Sparen. Außerdem wurden Hefte ausgegeben mit Verpflichtungsscheinen, da viele erst etwas zum Streik beitragen wollten, wenn er ausgebrochen sei. Von der aufgebrachten Summe sollten 75 Proz. zur Unterstützung der Streikenden und 25 Prozent zur Propaganda dienen. Die gesammelten Beiträge blieben im Ortsverband, das Nationalkomitee hatte nur den Reservefonds zu verwalten. Der Ortsverband war für die Unterstützungen der Streikenden verantwortlich, vom Nationalkomitee wurden nur die finanziell schwachen Ortsverbände unterstützt.

Dem Lebensmittelausschuß lag in erster Linie die Streikkontrolle ob; er hatte die Streikenden wöchentlich einmal zu zählen. Im übrigen sollte er für die Lieferung von Naturalien und für Speisung der Streikenden sorgen und das Versammlungswesen ordnen. Die Versammlungen mußten am Tage stattfinden, um alle Unruhen zu vermeiden. Die Nahrungsversorgung wurde dadurch gefördert, daß Gewerkschaften und Genossenschaften ihre Unterstützung meist in Naturalien oder in Gutscheinen auf solche gewährten.

Der Ausschuß für die Auswanderung der Kinder versandte zahlreiche Fragebogen nach den Grenzgebieten von Holland und Frankreich, um Unterkunft für die Kinder Streikender zu erbitten. 1906 war diese Einrichtung zum erstenmal in Anwendung gebracht worden, 3500 Kinder wurden damals außerhalb des Streikgebiets verpflegt. Die Kinder sollen auch diesmal nur Leuten anvertraut werden, wo sie gute Ernährung und gute Pflege hatten. Es war zu diesem Zwecke ein Ueberwachungsdienst mit ständiger ärztlicher Hilfe eingerichtet. Endlich wurden die Genossenschaften durch Zirkular angegangen, sich rechtzeitig mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Volkshäuser wurden angewiesen, abends 7 Uhr im Interesse der Ruhe und Ordnung zu schließen. Die Arbeiterorganisationen richteten umfangreichen Ueberwachungsdienst ein und es wurde Vorsorge getroffen, daß die Streikenden durch Unterhaltungen, Museumsführungen, Sport und Ausflüge beschäftigt wurden.

So waren alle möglichen Vorbereitungen getroffen, als am 14. April der Streik ausbrach. Die Beteiligung übertraf alle Erwartungen, am zweiten Tage feierten bereits 372 000, in den nächsten Tagen stieg die Zahl auf 450 000, auf welcher Höhe sie bis zum Ende des Streiks blieb. Fast alle Kohlengruben streikten, meist waren nicht mehr als 10 % der Arbeiter hier noch beschäftigt. In der Metallindustrie, im Baugewerbe, in den Glashütten, Spiegelfabriken, Steinhütten und in der Textilindustrie feierten durchgängig 50—95 % der Arbeiter. In den Häfen von Brügge und Gent ruhte die Arbeit, in Antwerpen feierten die Docker. Eine Bewegung zur Wiederaufnahme der Arbeit, die von christlicher Seite angedroht worden war, unterblieb, trotz der größten Anstrengungen der christlichen Führer und trotzdem die Gouverneure der Provinzen und die Militärverwaltungen alles aufboten, der Streikbewegung entgegenzuarbeiten. Der friedliche Charakter des Streiks ist auch völlig verwirklicht worden und das bei einer Bewegung, wo auf zirka 800 000 Arbeiter im Lande 450 000 Streikende kommen. Das Personal der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetriebe, die Arbeiter der öffentlichen Gemeindebetriebe und die Zeitungsdrucker der Hauptstadt beteiligten sich an der Bewegung zum größten Teil nicht. Für die beiden ersten Kategorien der Arbeiter ist das auf die große Unterwürfigkeit zurückzuführen, in der sie von ihren Verwaltungen noch erhalten werden und bei den Buchdruckern war das Fehlen des Solidaritätsgefühls zwischen einem großen Teil der Arbeiter dieser Branche und den organisierten Arbeitern der anderen Industrie.

Ueber die finanziellen Leistungen während des Streiks ist folgendes zu bemerken: Die Bewegung zugunsten des individuellen Sparens hatte recht wenig Erfolg, dagegen bewährete sich die offizielle Spareinrichtung. Durch Hauskassierer wurde in zahlreichen Orten ganz erhebliche Summen zusammengeholt, die für jeden der Streikenden im Durchschnitt ein Reservekapital von 20—30 Franken ausmachte. Genaue Angaben sind bis zur Stunde noch nicht möglich. Nach einer unvollständigen Statistik haben 21 300 Personen zusammen 385 000 Franken auf diese Weise gespart. Durch Sammelscheine wurden gesammelt 125 000 Franken, auf andere Weise 114 900 Franken, beim National-Komitee gingen 258 200 Franken ein, insgesamt also ist in den Bezirken und beim National-Komitee an Sammelgeldern zusammengeflossen 525 678 Franken. Darin sind die Unterstützungen der Gewerkschaften und Genossenschaften natürlich nicht einbegriffen.

Lebensmittel (Brot, Reis, Bohnen, Erbsen) wurden in Antwerpen an 6000—6500 Streikende verteilt. In Brüssel waren 32 Küchen errichtet, in denen 63 000 Liter Suppen zur Ausgabe gelangten. In der ersten Woche wurde die Suppe für 10 Centimes, in der zweiten Woche kostenfrei ausgegeben. In einer Schulaula einer Großbrüsseler Gemeinde wurden 400 Mahlzeiten à 20 Centimes an Streikende oder ganze Familien ausgegeben. Gent hatte 32 Küchen eingerichtet, in denen 244 000 Liter Suppen und 120 000 Kilo Brot an zirka 11 000 Familien abgegeben wurden. In vielen wallonischen Gemeinden, wo im Winter Schulsuppen verabreicht werden, wurde die Ausgabe der Schulsuppen auch während des Streiks beibehalten. Die Einrichtung der eigenen Küchen mit der eigenen Lebensmittelversorgung hat sich nach dem Urteil aller Beteiligten durchaus bewährt.

Die Auswanderung der Kinder nahm einen übermäßigen Umfang nicht an. Aus Holland waren 2500 Angebote, aus Frankreich 5000 Angebote für die Annahme von Kindern Streikender eingegangen. Außerdem hatten die Holländer 3000 Gulden gesammelt zum Fahrgeld für die Kinder. Diese Angebote aus dem Ausland aber wirkten günstig auf die einheimischen Kreise. Zahlreiche Bürgerliche, ganze bürgerliche Organisationen und natürlich auch viele bessergestellte Parteimitglieder erklärten sich bereit, Kinder anzunehmen, so daß nur 200 nach Holland und 200 nach Frankreich zu gehen brauchten, die übrigen wurden im eigenen Lande untergebracht. Alles in allem genommen hat sich also die Organisation des Generalstreiks außerordentlich gut bewährt. Die Ausführungen der belgischen Genossen gipfeln in folgenden Schlußsätzen:

Wenn wir uns ein wenig bei den erzielten Resultaten aufgehalten haben, so geschah es nicht wegen des politischen Gesichtspunktes, sondern einzig und allein, damit die deutschen Arbeiter beurteilen können, in welchem Maße die angewendeten Mittel es uns erlaubten, das Ziel zu erreichen, das der außerordentliche Parteitag vom 30. Juni 1912 sich gesteckt hatte: „die Organisation eines Generalstreiks friedlich und fruchtbar zu gegebener Zeit einheitlich und methodisch zu beginnen und bei der Arbeitermasse zu erreichen, daß sie ihn mit derselben Einheitlichkeit beende, sobald es klar wäre, daß der erstrebte Zweck erreicht oder es erwiesen wäre, daß seine Erreichung durch den Generalstreik unmöglich sei."

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerbegerichtswahl in Bruchsal. Bei der Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht in Bruchsal wurden von der Vorschlagsliste des Gewerkschaftskartells acht, von der Vorschlagsliste der Christlichen zwei Vorgeschlagene gewählt. Auf die Liste des Gewerkschaftskartells wurden 360, auf die Liste der Christlichen 120 Stimmen abgegeben. Die Christlichen verlieren zwei Sitze. Das Resultat der Wahl bedeutet für die freien Gewerkschaften einen schönen Erfolg.

Bautätigkeit und Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter.

Daß die Bautätigkeit schon im Hochsommer, in der besten Konjunktur, stark im Niedergang begriffen war, trat offensichtlich zutage. Besonders die Privatbautätigkeit in den weitaus meisten großen und mittleren Städten des Reiches ist zum Teil sehr schlecht. Für den Winter bieten sich daher für den Bauarbeiter trostlose Aussichten. Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes hat durch Umfrage in den einzelnen Bezirken die Bautätigkeit und Arbeitslosigkeit feststellen lassen. Der „Grundstein" veröffentlicht in seiner neuesten Nummer (vom 13. September) einige Situationsberichte, die erkennen lassen, wie stark die Bautätigkeit daniederliegt und wie groß die Arbeitslosigkeit schon jetzt ist. Die Konjunktur in Berlin wird dadurch illustriert, daß im Jahre 1906 dort 22 000 Maurer beschäftigt wurden, heute aber nur noch 11 000. 17 Proz. der Berliner Maurer sind jetzt schon arbeitslos. Viele von ihnen haben in diesem Jahre noch nicht gearbeitet, andere, die seit Jahrzehnten in Berlin ansässig sind, mußten ihre Familien verlassen und sich für niederen Lohn in der Provinz Arbeit suchen; wieder andere mußten ihren Beruf aufgeben. An eine Besserung ist vorläufig nicht zu denken, da in Berlin selbst immer noch 4½ Proz. und in den Vororten bis zu 6½ Proz. Wohnungen leer stehen. Aehnlich ist die Situation in den Städten Ostdeutschlands. Die Privatbautätigkeit liegt infolge der hohen Baugeldpreise fast überall völlig danieder, nur infolge der neuen Militärgesetze ist in den Garnisonstädten einige Arbeit vorhanden. In Posen sind z. B. 150 Bauarbeiter arbeitslos und 350 arbeiten auswärts. In Breslau sind fast nur halb soviel Bauarbeiter beschäftigt wie 1911; bis August waren insgesamt 10 335 Mitglieder arbeitslos gegen 1844 im gleichen Monat des Jahres 1911. Etwas besser als in den ostdeutschen Groß- und Mittelstädten ist die Bautätigkeit in Pommern. In Nord- und Nordwestdeutschland ist die Bautätigkeit sehr verschieden. In Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosigkeit in den kleinen Städten und auf dem Lande gering. Dagegen ist die Arbeitsgelegenheit in Hamburg, Kiel und Lübeck geradezu trostlos. In Hamburg ist dauernd fast ein Drittel der Mitglieder arbeitslos. Hunderte von Bauarbeitern haben in diesem Jahre noch gar nicht oder nur einige Wochen gearbeitet. Eine Besserung ist nicht zu erwarten, da rund 7½ Proz. der Wohnungen leer stehen. In Kiel wissen selbst die ältesten Bauarbeiter sich einer so trostlosen Zeit nicht zu erinnern. In Lübeck stockt die Bautätigkeit schon seit Jahren völlig. Trostlos ist die Bautätigkeit auch in den Unterweserorten; obwohl dort eine große Wohnungsnot herrscht, stockt die Privatbautätigkeit fast völlig. In Rheinland-Westfalen, das sonst immer die Zufluchtsstätte für viele Tausende arbeitsloser Bauarbeiter aus anderen Gebieten war, ist die Bautätigkeit ebenfalls sehr schlecht, nur die Stadt Münster hat eine gute Baukonjunktur, weil eine Anzahl öffentlicher Bauten dort errichtet werden. In Duisburg sind vom Januar bis Juni 257 Bauerlaubnisse weniger erteilt worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ebenso ging die Zahl der Bauerlaubnisse in Düsseldorf um 280 zurück. Rund ⅙ der Mitglieder des Düsseldorfer Zweigvereins ist arbeitslos. Auch in Köln hat die Bautätigkeit erheblich nachgelassen. Der Zweigverein des Bauarbeiterverbandes zahlte an Arbeitslose rund 8000 Mark Notstandsunterstützung. Im Königreich Sachsen ist die Konjunktur ein wenig besser, sie zeigt aber gegen das Vorjahr allgemein einen Rückgang. Erheblich zurückgegangen ist die Bautätigkeit in Leipzig, wo Ende Juli von 6745 Mitgliedern 837 arbeitslos waren. In Mittel- und Westdeutschland hat fast keine einzige größere Stadt eine gute Konjunktur, in Magdeburg melden sich wöchentlich nahezu 100 Bauarbeiter arbeitslos, in Halle gar 250, ein Drittel der Mitglieder arbeitet in anderen Berufen. Viele Maurer haben in diesem Jahre noch keine Stunde als Maurer gearbeitet. Sehr schlecht ist die Bautätigkeit in Gera, wo es 200 Arbeitslose gibt. Der Zweigverein zahlte in 7 Wochen rund 8500 Mk. Unterstützung. In Frankfurt a. M. ist die Bautätigkeit nicht schlechter als im Vorjahre, aber infolge des starken Zustromes fremder Arbeitskräfte herrscht erhebliche Arbeitslosigkeit. In Offenbach, Hanau, Mainz und Wiesbaden ist die Konjunktur schlecht. Am schlechtesten ist die Bautätigkeit in Süddeutschland. Aus Bayern ist nicht ein einziger Bericht über gute Konjunktur eingegangen. In München herrscht riesige Not, in Hof ist die Bautätigkeit schon seit 5 Jahren schlecht, aber in diesem Jahre wird sie noch übertroffen. In Bayreuth sind etwa 400 Bauarbeiter arbeitslos und nur 250 in Arbeit. In Regensburg hat gar nur die Hälfte der 860 Mitglieder Arbeit, viele Mitglieder haben seit Oktober 1912 noch keine Stunde gearbeitet. In Württemberg ist es nicht viel besser. Die Privatbautätigkeit versagt fast vollständig. Das sind nur einige ganz kurze Auszüge aus einem großen Elendsberichte. Welche Formen die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten annehmen wird, läßt sich daraus ermessen. Die überaus schlechte Bautätigkeit wirkt aber auch auf viele andere Berufe ein. Neben Not und Elend, die weite Kreise der deutschen Arbeiterklasse werden erdulden müssen, werden auch an die Gewerkschaftskassen ganz besondere finanzielle Anforderungen gestellt. Die gewerkschaftliche Selbsthilfe reicht zur Linderung der Not nicht aus, Staat und Kommunen müssen daher zur Erfüllung ihrer Pflicht, für die Opfer der Wirtschaftskrise zu sorgen, getrieben werden.

Kommunales.

Kommunalwahlerfolge. Einen schönen Erfolg errangen unsere Genossen bei den Bürgerausschußwahlen in Wyhlen

---

„Ich bitte, die Anrede „Verehrtester" zu unterlassen. Sie gehört nicht in die Unterredung. Ich stelle also fest, daß Sie selbst sich als Verfasser und Absender jener Briefe bekennen. Wollen Sie in aller Form Fräulein Sanders um Entschuldigung bitten und Ihre Verleumdungen widerrufen?"

„Aber, mein Gott, es handelt sich doch um wahre Tatsachen!"

„Ich frage Sie nicht," fiel Haltmann schneidend ein, „was wahr oder was nicht wahr ist, sondern ich frage Sie, ob Sie Ihre Verleumdungen widerrufen und Fräulein Sanders um Entschuldigung bitten wollen?"

„Und wenn ich das nicht tue?" fragte Reising aufs neue.

„Dann werden der Staatsanwalt und Ihr Chef mit Ihnen reden!"

„Aber sagen Sie mal, Herr Haltmann — das ist doch eigentlich ein bißchen hart, was Sie da von einem früheren Freunde verlangen — meinen Sie nicht selbst?"

„Viel zu wenig ist es für Ihre Handlungsweise!"

„Wenn Sie denn durchaus nicht mit sich reden lassen wollen —"

„Keine Silbe!"

„Meinetwegen — so bitte ich um Entschuldigung!"

„Schriftlich! Nehmen Sie an Ihrem Schreibtisch Platz!"

Jetzt bäumte Reising auf:

„Auch noch schriftlich — das ist zu viel!"

„Ganz wie Sie meinen, Herr Reising," entgegnete Haltmann in vollster Gelassenheit, „meine Droschke wartet, und Ihr Chef dürfte um diese Stunde wohl in einer Angelegenheit zu sprechen sein, welche die Ehre seiner Firma betrifft!"

„Zum Donnerwetter — Sie drücken sich stark aus!"

„Wie es die Sache erfordert — nicht stärker, nicht schwächer! Meine Zeit ist knapp — wollen Sie die schriftliche Erklärung geben, daß —"

„Und wenn ich das tue — was dann?"

„Dann ist die Sache vergessen! Von Ihrer Erklärung erfährt nur Fräulein Sanders sowie der Chef und der Prokurist der Firma Siebert & Co., sonst niemand."

„Können Sie mir das auf Ehrenwort versichern?"

„Auf mein Ehrenwort — gewiß!"

„Sehen Sie, es wäre doch dumm, wenn ich meine Stellung verlieren würde —"

„Sie dürfen überzeugt sein, daß wir daran nicht mitarbeiten werden."

„Also gut — ich schreibe!"

Er setzte sich an den Schreibtisch, nahm Papier und Feder und harrte des Diktats.

Einen Augenblick überlegte Haltmann, dann sagte er langsam:

„Schreiben Sie: Ich bekenne mich als Verfasser und Absender der in letzter Zeit an Fräulein Marie Sanders sowohl wie an den Chef und den Prokuristen der Firma Siebert & Co. gerichteten Schmähbriefe?"

„Ja, weiter!"

„Ich widerrufe hiermit alle in diesen Briefen gegen Fräulein Sanders erhobenen Verleumdungen und bitte dieselben für meine niedrige, gegen Ehre und Strafgesetz verstoßende Handlungsweise —"

„Herr — das geht zu weit!"

„Wie Sie wünschen, Herr Reising!"

„Sie stellen mich als Schuft hin!"

„Ein etwas sonderbares Bedenken aus Ihrem Munde! Wollen Sie schreiben, wie ich diktiere, oder nicht?"

„In Teufels Namen —"

„Wie weit sind Sie?" Er warf einen Blick auf das Papier und las: „bitte dieselben für —"

„Also weiter!" fuhr er fort. „Bitte dieselbe für meine niedrige, gegen Ehre und Strafgesetz verstoßende Handlungsweise hiermit um Entschuldigung. — Das ist alles, so, nun Ihren Namen und Ihre Wohnungsangabe."

Reising tat, wie ihm geheißen. Dann nahm Haltmann das Papier, las es aufmerksam durch und sagte:

„Als selbstverständlich für unser Schweigen wird vorausgesetzt, daß alle ferneren Zuschriften Ihrerseits aufhören! Ebenso, daß Sie in keiner Weise Fräulein Sanders bei zufälligen Begegnungen belästigen! Ich denke, es bedarf keiner besonderen Feststellung."

Reising erwiderte nichts.

Haltmann steckte die Abbitte in seine Brieftasche und wandte sich zum Gehen.

Kaum merklich neigte er das Haupt zum Gruße:

„Adieu, Herr Reising!"

Einen Augenblick stand Reising wie festgewurzelt auf derselben Stelle. Dann schien es, als wollte er dem Davongehenden nachstürzen. Aber an der Tür blieb er stehen, ballte die Fäuste und murmelte:

„Diese Stunde vergesse ich euch beiden nicht. Mit euch rechne ich noch ab!"

Haltmann hatte seine Droschke unten warten lassen. Als er wieder einstieg, rief er dem Kutscher zu:

„Zurück nach dem Restaurant, woher wir gekommen sind!"

Der Kutscher gab seinem Pferde einen Peitschenhieb, daß es ganz erschrocken aus seinen Träumen auffuhr und sich dann in einen leblichen Trab setzte.

Und doch ging es Karl Haltmann viel zu langsam. Endlich aber hielt der Wagen, er stieg aus, gab dem Kutscher einen reichlich bemessenen Fahrlohn und eilte die teppichbelegten Stufen zum Restaurant hinauf.

Erwartungsvoll sah ihm Marie entgegen.

„Sie lächeln," sagte sie, als er näher kam, „dann muß alles gut gegangen sein."

Wortlos gab er ihr Reisings Erklärung.

Wie von einer schweren Last befreit, atmete Marie auf, ergriff Haltmanns Hand und sagte:

„Ich danke Ihnen, lieber, lieber Freund!"

Der Ton und der Ausdruck, womit sie die wenigen Worte sagte, griffen Haltmann ans Herz. Maries bemerkte seine tiefe Bewegung, und auch sie konnte ihre Gemütserschütterung nicht mehr länger verbergen:

„Sie haben feurige Kohlen auf mein Haupt gesammelt, lieber Freund! Ich fühle mich außerstande, Ihnen so zu danken, wie Sie es um mich verdient haben."

Er schüttelte verneinend den Kopf.

„Wenn Sie wüßten, Marie, wie leicht es mir geworden ist, mit jenem Buben abzurechnen und ihn zu dieser Erklärung zu zwingen, so würden Sie kein Aufhebens von der Sache machen. Ich denke, der Bursche ist mundtot gemacht!" setzte er mit freudigem Aufleuchten seiner Augen hinzu.

„Mein Chef und der Prokurist werden sich sehr darüber freuen," fiel Marie ein, „denn ich habe es wohl gemerkt, daß sie tief ergriffen waren. Aber sagen Sie, wie kamen Sie denn damals mit diesem Menschen zusammen?"

Haltmann rief sich die Vergangenheit wieder vor Augen.

„Ich entsinne mich selbst kaum noch. Wir hatten uns mal im Theater kennen gelernt, waren dann wohl das eine oder anderemal wieder zusammengetroffen, und so kamen wir schließlich eines Abends ins Elysium."

„Wie kam es aber," fragte Marie weiter, „daß Sie an jenem Abend, wie ich mich heute noch genau erinnere, die ganze Zeche bezahlt haben?"

Haltmann lächelte.

„Weil er einige Tage vorher dasselbe getan hatte! Ich hatte schon bei dieser Gelegenheit, ich weiß nicht warum, einen tiefen Widerwillen gegen ihn gefaßt; ich war entschlossen, mit ihm zu brechen, so bald ich mich revanchiert hätte. Um mit der Sache zu Ende zu kommen, gab ich schließlich an jenem Abend seiner Aufforderung, in das Elysium zu gehen, nach, und —"

Er brach ab.

„Alles übrige weiß ich, armer Freund!" fiel Marie ein. „Wirft doch jener Abend noch heute seine Schatten und wird sie werfen, so lange wir leben!"

Er schüttelte den Kopf.

„Nein, Marie, so lange nicht! Auch heute schon nicht mehr — alle Schatten sind verschwunden, sobald ich in Ihr liebes Auge sehe!"

(Fortsetzung folgt.)

in Baden. Bei der Wahl zur dritten Wählerklasse eroberten unsere Genossen elf von den 20 zu vergebenden Sitzen. Bisher war unsere Partei weder im Bürgerausschuß noch im Gemeinderat vertreten.

Von der praktischen Arbeit in den Gemeinden. Seit Jahr und Tag müht sich die Reichsverbandspresse um den Nachweis, daß die Erwählung einer sozialdemokratischen Mehrheit für eine Gemeinde mindestens den sicheren Untergang bedeute. Man weiß, daß sich bürgerliche Kommunalmehrheiten in Verbindung mit Regierungsorganen zur Verhinderung eines solchen „Unglücks" mit den verwerflichsten Mitteln immer wieder zusammengetan haben. Beinahe täglich haben wir uns irgendwo mit den Schauermärchen über sozialdemokratische Untaten etwa in Mülhausen oder in Gera, in Offenbach oder in Milwaukee herumzuschlagen. Alle Richtigstellungen, die gelegentlich in unserer Presse erschienen, blieben unbeachtet oder boten nur neuen Anlaß, alte Lügen mit eiserner Stirne zu wiederholen. Selbst gerichtliche Urteile gegen einzelne Verleumder brachten die Verleumdung selbst nicht zum Schweigen. In der Widerlegung der falschen Nachrichten dürfen wir indessen nicht müde werden: Steter Tropfen hölt den Stein. Sicherlich um so leichter und rascher, wenn ihr ein so überwältigendes Tatsachenmaterial zu Grunde liegt. Die „Kommunale Praxis" bringt in ihrer Parteitagsnummer eine solche Tatsachenzusammenstellung, eine Schilderung der Tätigkeit sozialdemokratischer Mehrheiten in den Vertretungskörperschaften deutscher und ausländischer Gemeinden. Wenn auch, wie es in einer einführenden Notiz heißt, aus Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum diesmal die Betrachtung der interessanten Vorgänge in französischen, schweizerischen und italienischen Gemeinden mit sozialdemokratischen Mehrheiten ausgeschieden werden mußte, so ist doch aus den deutschen Einzelstaaten und aus Nordamerika eine Material zusammengetragen worden, das uns in allen kommenden kommunalen Kämpfen die wertvollsten Dienste leisten kann. Hier wird dargetan, wie sich namentlich manche staatliche Aufsichtsbehörden nicht schämen, immer neue Schwierigkeiten, oft unter direkter Verletzung von Recht und Gerechtigkeit, unseren Vertretern in den Weg zu rollen, wie bürgerliche Gegner, nicht zufrieden mit dem Vorsprung, den ihnen die ungerechten Wahlrechte in den Gemeinden verleihen, nicht etwa nur loyalen Widerstand leisten, was ihr gutes Recht ist, sondern zu direkten Gewaltmitteln ihre Zuflucht nehmen: wir sehen aber auch, wie dennoch — trotz alledem — die Sozialdemokratie schließlich die schwersten Hindernisse siegreich überwindet. Einfache Arbeiter, ungeübt in der Verwaltung großer Gemeinwesen, belastet mit der schweren Sorge um ihren eigenen Lebensunterhalt, ohne den kräftigen Rückhalt, den ihnen im größeren Verbande die Wucht gewaltiger Wählermassen zu verleihen vermag, auf einsamem Posten stehend, haben in der Tat schlechthin Großartiges geleistet und den Beweis erbracht, daß sie voll Hingebung und Treue in den Dienst des allgemeinen Wohles zu treten geneigt und geeignet sind. Die Dokumente, die diesmal die Parteitagsnummer der „Kommunalen Praxis zusammengetragen hat, liefern so auch einen wertvollen Beitrag zu unserer Parteigeschichte, Bestellungen und Abonnements nehmen alle Buchhändler und Kolporteure entgegen, dort sind auch einzelne Hefte dieser Nummer zu haben. Namentlich unsere Vereinsbibliotheken sollten sich die Gelegenheit einer wertvollen Bereicherung ihrer Bestände nicht entgehen lassen.

Soziales.

Berliner Arbeitslosenfürsorge. Auf Einladung des Berliner Magistrats waren am Sonnabend im Berliner Rathause Vertreter der Großberliner Gemeinden und der Kreise Teltow und Niederbarnim versammelt, um über die herrschende Arbeitslosigkeit zu beraten. Allgemein wurde anerkannt, daß zurzeit eine außerordentliche Arbeitslosigkeit besteht, und daß für den kommenden Winter eine Steigerung der ungünstigen Verhältnisse zu befürchten sei. Trotzdem kam die Versammlung nicht weiter, als daß sie eine Kommission einsetzte, die eine Petition an den Reichstag vorbereiten soll, in welcher der Reichstag ersucht wird, endlich auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung vorzugehen. Eine zweite Kommission wurde eingesetzt, um Vorschläge für eine Zentralisierung der Groß-Berliner Arbeitsnachweise auszuarbeiten.

An völlige Erblindung „gewöhnt". Eine merkwürdige Entscheidung fällte das Reichsversicherungsamt in einem Rechtsstreit über die Invaliditätsrente. Ein Monteur büßte infolge eines Augenleidens eines Tages die Sehkraft völlig ein und bezog von diesem Tage an die ihm zustehende Invaliditätsrente. Nach Verlauf mehrerer Jahre erhielt der Erblindete die Mitteilung, daß er fortan nur vier Fünftel der bisherigen Rente erhalte. Die Rente werde um ein Fünftel gekürzt, weil angenommen werden müsse, daß er sich im Laufe der Jahre an die Erblindung gewöhnt habe. Der Blinde ließ gegen diesen Entscheid Berufung beim Reichsversicherungsamt einlegen. Er betonte dabei, daß er angesichts des gänzlichen Verlustes des Augenlichts auf seine Umgebung völlig angewiesen sei. Er müsse zu allen Verrichtungen des täglichen Lebens, wie An- und Ausziehen, Essen, Trinken usw. ständige Hilfe haben. Das Reichsversicherungsamt stellte sich trotz dieser Auffassung auf den Standpunkt der Vorinstanz und bestätigte die Kürzung der Rente um ein Fünftel des vollen Betrages. Im Laufe der Jahre müsse eine Gewöhnung des Antragstellers an seine Lage eingetreten sein. Wenn er das Gegenteil behaupte, so sei ihm das einfach nicht zu glauben. — Wenn je der Begriff der Ganzinvalidität, das heißt der völligen Hilflosigkeit, auf einen Menschen anzuwenden ist, so ist es nach dem gesunden Menschenverstand bei einem gänzlich Erblindeten der Fall. Nach dem vorstehenden Urteil des Reichsversicherungsamtes wird es aber überhaupt bald keine Ganzinvaliden mehr geben.

Die Berichtigungen der Deutschen Volksversicherung A.-G. sind mit Vorsicht zu genießen! Die in der Presse mitgeteilten Tatsachen aus dem Protokoll der Gründungsversammlung der D. V. A.-G. vom 12. Dezember 1912 im „Rheingold" in Berlin sind dieser Gesellschaft offenbar sehr unangenehm. Sie hat deshalb, wie der „Berliner Börsen-Courier" mitteilte, der sozialdemokratischen Presse ein Schreiben zugehen lassen, in welchem sie ihre selbst protokollierten Tatsache wegberichten möchte. In diesem Schreiben wird der „gemeinnützige" Charakter der D. V. A.-G. aufs Neue reklamiert; nicht bestritten wird jedoch in dem Schreiben, daß in der Gründungsversammlung, an der 31 Direktoren resp. Generaldirektoren als Vertreter von 29 privaten Lebensversicherungs-Aktiengesellschaften teilnahmen, zunächst beschlossen wurde: im § 1 des Gesellschaftsvertrages das Wort „gemeinnützige" zu streichen. Nicht berichtigt wird in dem Schreiben die mitgeteilte Tatsache, daß es auf Seite 4 des gedruckten Gründungsprotokolls ausdrücklich heißt: „Die Mehrheit ist der Ansicht, daß es sich empfiehlt, den Vorstand in irgend einer Weise am Reingewinn zu interessieren." Ueber die Gewinnbeteiligung soll aber weder der Gesellschaftsvertrag noch der Rechenschaftsbericht einen Hinweis enthalten. Dann führt das Berichtigungsschreiben der D. V. A.-G. den § 18 ihres Gesellschaftsvertrages an, welcher die Bestimmungen über die Verteilung des Reingewinns enthält, um dann unter Hervorhebung der Uneigennützigkeit des Aufsichtsrats festzustellen: „Den Führern der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften sowie aller anderen Organisationen, die sich zur Mitarbeit an unserer Gesellschaft verpflichtet haben, ist keinerlei „Aussicht auf Gewinnbeteiligung" gemacht worden; ebenso wenig ist ihnen sonst aus diesem Anschlusse irgend ein finanzieller oder anderer Vorteil erwachsen oder versprochen worden." Diese leztere „Feststellung" ist objektiv unrichtig! Vorteile brauchen nicht nur aus dem Reingewinn zu fließen, um den Versicherten finanzielle Nachteile zu bringen. Auch unverhältnismäßige Werbungsgebühren gehen zu Lasten der Versicherten. Und solche unverhältnismäßigen Werbungsgebühren zahlt die D. V. A.-G. den angeschlossenen Organisationen aus den Geldern der Versicherten. Die Essener Lokalverwaltung des christlichen Holzarbeiterverbandes kann ihren Funktionären am 13. August mitteilen: „Für jede Aufnahme, die für die D. V. A.-G. gemacht wird, werden 10 Wochenbeiträge gezahlt. Dabei ist es gleich, ob der Wochenbeitrag 10 Pfg. oder 1 Mark beträgt." Also eventuell 10 Mark Werbegebühren für einen Antrag! Daß an diesem finanziell guten Geschäft die angeschlossenen Organisationen direkt beteiligt sind, bestätigt gleichfalls die Lokalverwaltung in Essen, indem sie schreibt: „Von diesen 10 Wochenbeiträgen erhält das Generalsekretariat (der christlichen Gewerkschaften) in Köln zwei, die Zentrale unseres Verbandes zwei, unsere Zahlstelle zwei und der Kollege, der die Aufnahme besorgt, vier Beiträge." Und das alles aus dem Gelde der Versicherten! Die Mitglieder der christlichen und der Hirsch-Duncker Gewerkschaften sollten einer solchen Praxis ihrer Organisationen entgegentreten und den Anschluß an die „Volksfürsorge" vorziehen, bei der solche zweifelhaften Manipulationen ausgeschlossen sind.

Aus der Jugendbewegung.

Die staatliche Zwangsjugendpflege vor Gericht. Am Freitag hatten sich vor dem Schöffengericht in Schkeuditz bei Halle vier Fortbildungsschüler wegen Uebertretung der Schulordnung für die dortige gewerbliche Fortbildungsschule zu verantworten. Die Jugendlichen waren mit je einem Strafmandat beglückt worden, weil sie sich geweigert haben, ein im Ortsstatut als nötig bezeichnetes Lehrmittel anzuschaffen und in den Unterricht mitzubringen. Dieses sogenannte „Lehrmittel" besteht aus der von dem amtlichen Jugendpfleger Rektor Hemprich-Naumburg herausgegebenen politischen Jugendschrift: „Wir sind Deutschlands Jugend". In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Regierungspräsident von Merseburg die Anordnung erlassen habe, diese Zeitung im Unterricht öfters zu benutzen. Später seien die Schulleiter amtlich angewiesen worden, das Blatt als offizielles Lehrmittel an Stelle des bisher benutzten Lesebuchs einzuführen und durch die Schulleitung den Schülern direkt zuzustellen. Zu dem eine Mark betragenden Jahresabonnement zahle die Regierung 20 Pfg., die Stadt 20 Pfg. und die übrigen 60 Pfg. würden von „Vertrauensleuten" der Schüler eingesammelt. Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine-Berlin legte ein ganzes Paket der famosen Zeitschrift dem Gericht vor und verlangte, deren Inhalt zum Geegnstand der Verhandlung zu machen. Die Zeitschrift könne auf keinen Fall als offizielles Lehrmittel in Frage kommen, da sie nicht den geringsten pädagogischen Wert habe und ihr Inhalt geradezu erbärmlich sei. Wer es über sich bekomme, als Volkserzieher eine solche, von politischen Gehässigkeiten nur so strotzende Zeitung als offizielles Lehrmittel zu empfehlen, der sei überhaupt kein Pädagoge. Diesen Antrag und auch die beantragte Ladung eines Sachverständigen, der sich ganz sicher mit Entsetzen von dem literarischen Schund abwenden würde, lehnte das Gericht ab und bestätigte nach kurzer Beratung die erlassenen Strafbefehle. Die Schüler hätten die im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung erlassene Vorschrift unbedingt befolgen müssen, denn wo solle es hinführen, wenn jeder Schüler tun und lassen könne, was er wolle. Die Frage nach dem pädagogischen Wert der Zeitschrift als Lehrmittel habe das ordentliche Gericht nicht zu entscheiden gehabt. Wem das nicht passe, möge sich im Verwaltungsstreitverfahren an die Aufsichtsbehörde wenden. Ebensogut könnte dann auch jedes beleibige Schulbuch als nicht geeignetes Lehrmittel bezeichnet werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Breslauer Justiz. Wegen Körperverletzung, Beleidigung und Bedrohung verurteilte die Breslauer Strafkammer die beiden streikenden Maurer Knetsch zu je einem Monat Gefängnis. In einem von Arbeitswilligen provozierten Gasthausstreit hatte der erste der beiden verurteilten Brüder einem Arbeitswilligen eine Ohrfeige gegeben, während der andere gerufen hatte: „Hund, wir schlagen Dich tot". Diese Ungehörigkeiten genügten dem Staatsanwalt zu seinem Antrage auf fünf Monate Gefängnis.

Ein Anhänger Leo Tolstois. Für hartnäckige Gehorsamsverweigerung im Militärdienst verurteilte das Petersburger Militärgericht den Soldaten Malkusch zu 5½ Jahren Zuchthaus. Er hatte sich geweigert, Gewehrübungen auszuführen und das Schießen u. dergl. zu erlernen. Er erklärte, er sei ein Anhänger Tolstois und würde sich unter keinen Umständen dazu hergeben, etwas zu leisten, das mit Blutvergießen im Zusammenhang steht. Vor Gericht stand er das dritte Mal. Für die ersten zwei Gehorsamsverweigerungen hat er bereits 1 Jahr und 8 Monate Disziplinarbataillon abgebüßt. Diesmal wurde er auch aus dem Militärdienst ausgeschlossen. — Welch eine Satire, daß Christen ihr christliches Bekenntnis nicht nur im Munde führen, sondern auch in die Tat umsetzen, durch die Vertreter der christlichen Weltordnung zu Verbrechern gestempelt werden.

Erfolgreiche Kritik. Während des Kampfes um das Volksschulgesetz in Sachsen, an dem sich auch die sächsische Lehrerschaft und insbesondere der Leipziger Lehrerverein hervorragend beteiligten, brachte das „Vaterland", das Organ des sächsischen konservativen Landesvereins, mehrere Artikel, die sich mit den Forderungen der Lehrerschaft beschäftigten. Das „Vaterland" vertrat den Standpunkt der sächsischen Regierung, die die Forderungen der Lehrer als zu weitgehend bezeichnete. Das konservative Organ ging aber noch weiter, übte scharfe Kritik an dem Vorgehen der Lehrer, nannte die Forderungen „radikal" und im sozialdemokratischen Fahrwasser „segelnd" und bezeichnete die Führer als „eine Sorte Lehrer". Der fragliche Artikel enthielt noch einige weitere beleidigende Wendungen gegen die Lehrerschaft. Der Leipziger Lehrerverein stellte gegen den damals verantwortlich zeichnenden Redakteur des „Vaterland" Hans Meißner Strafantrag wegen Beleidigung. Das Schöffengericht Leipzig erklärte sich als unzuständig, weil Meißner Major zur Disposition war, und verwies die Klage an das Militärgericht. Auf die Beschwerde des Leipziger Lehrervereins wurde vom Landgericht der Unzuständigkeitsbeschluß bestätigt. Ohne die klagende Partei noch einmal zu hören und von dem anberaumten Termin zu benachrichtigen, verhandelte das Dresdener Kriegsgericht Anfang dieses Jahres in der Angelegenheit und kam zur Freisprechung des Majors z. D. und Redakteurs! — weil dem Angeklagten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe!! Das freisprechende Urteil der Militärjustiz gegen den konservativen Major z. D. und Redakteur erregte damals allgemeines und berechtigtes Aufsehen, wurde in der linksstehenden Presse einer scharfen Kritik unterzogen und auch im Reichstage zur Sprache gebracht. Man bezeichnete es als Novum und unhaltbaren Zustand, daß ein Redakteur einer politischen Zeitung, der zufällig Major z. D. ist, wegen einer im Beruf begangenen strafbaren Handlung vor das Militärgericht gestellt wird, wo die Richter unpolitisch sein sollen, aber im vorliegenden Falle in einem rein politischen Prozesse zu entscheiden hatten. Die Kritik der Presse und des Reichstages bezüglich dieses Falles und des Gerichtsstandes inaktiver Offiziere überhaupt ist nicht ohne Erfolg geblieben. Mit diesem unhaltbaren Zustand will nunmehr das sächsische Kriegsministerium durch eine Verfügung aufräumen, in der es heißt, daß Offizier, die nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst einen Zivilberuf ergreifen, der ihnen Konflikte im öffentlichen Leben bringen kann, z. B. als Redakteure und sonstige Mitarbeiter von Zeitungen politischen und ähnlichen Inhalts, in Zukunft nicht mehr zur Disposition gestellt werden sollen resp. bleiben dürfen. Die Bezirkskommandeure sollen hierauf dauernd ihr Augenmerk richten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 15. September.

Lohnforderung und Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers. In weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist die Meinung verbreitet, daß bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers für ihre Lohnforderung das unbedingte Recht auf Befriedigung vor allen anderen Verbindlichkeiten des Arbeitgebers bestehe. Diese Anschauung ist leider nicht ganz richtig und mancher Arbeiter, der im Vertrauen auf ihre Richtigkeit mit der Eintreibung seines Lohnes säumig war, hat schon eine bittere Enttäuschung erlebt. Ein Recht auf vorzugsweise Befriedigung besteht für Lohnforderungen nur im Konkurse des Arbeitgebers. Hierbei waren die Lohnforderungen, die noch nicht älter als ein Jahr sind, mit einer Reihe anderer Ansprüche vor den gewöhnlichen Schulden befriedigt. Sie stehen aber auch hier nicht an erster Stelle. Immerhin kann in vielen Fällen auf volle Bezahlung der Lohnforderungen gerechnet werden, wenn es zum gerichtlichen Konkurse kommt. Das ist aber nur bei einem geringen Teile der Zahlungsunfähigen der Fall. Bei den meisten kommt es zur gewöhnlichen Zwangsvollstreckung, d. h. zur Pfändung und Versteigerung der fahrenden Habe durch den Gerichtsvollzieher und zur gerichtlichen Beschlagnahme der geringen Außenstände. Bei dieser Zwangsvollstreckung genießt aber die Lohnforderung keinerlei Bevorzugung; hier heißt es vielmehr: wer zuerst kommt, der mahlt zuerst. Der Gläubiger, der zuerst einen Gegenstand hat pfänden oder eine Forderung mit Beschlag belegen lassen, hat das Recht, zuerst aus dem Erlös dieses Gegenstandes oder aus der beschlagnahmten Forderung befriedigt zu werden. Werden Gegenstände oder Forderungen für mehrere Gläubiger nacheinander gepfändet oder beschlagnahmt, so werden diese Gläubiger — ganz gleich, ob es sich um Lohnforderungen oder andere handelt — in der Reihenfolge der Pfändungen und Beschlagnahmen befriedigt. Ein Vorrecht besteht hierbei nur für den Vermieter, der an den Sachen, die sich in den von ihm vermieteten Räumen befinden, ein Pfandrecht hat. Diesem Pfandrecht muß sogar die Lohnforderung weichen. Sie kann also zum Zurücktreten vor der Forderung des Vermieters gezwungen werden, kann aber bei der Zwangsvollstreckung dieser Art niemals ein Vorrecht vor anderen Forderungen erlangen, als das eine, sich zuerst durch Pfändung geltend zu machen. Aus diesen Gründen kann nicht genug gewarnt werden, Lohnforderungen zu stunden. Im Gegenteil: man mache sie immer sofort geltend und zwar durch Klage und Pfändung, damit nicht andere zuvorkommen.

Warnung vor falschem Geld. Seit Juli 1910 sind in allen Gegenden Deutschlands falsche, aus den verschiedenartigsten Metallegierungen (Silber, versilbertes Messing oder Neusilber) geprägte Zweimarkstücke mit der Jahreszahl 1876 und dem Münzzeichen A oder C aufgetaucht, ohne daß man der Urheber bisher hätte habhaft werden können. Ein besonderes Erkennungsmerkmal dieser Falschstücke besteht darin, daß die Spitze des linken Halsausschnittes nicht, wie bei den echten Stücken, auf das erste L des Wortes Wilhelm, sondern auf den rechten Balken des Buchstabens H stößt. Außerdem ist der Gesichtsausdruck des Bildnisses fremdartig.

Ferienwanderungen. Nur noch 14 Tage trennen uns von den Herbstferien. Dann kann unsere liebe Jugend wieder draußen umhertummeln, sich erholen und frische Kräfte sammeln zu neuer Arbeit im Winterhalbjahre. Welch ein Genuß ist es, an einem schönen Herbsttage hinauszuwandern! Die prächtigen Wälder mit ihrem bunten Laub, der herliche Sonnenschein, die klare Luft, alles erfreut und erfrischt uns zu neuem Wirken. Drum, Eltern, geht mit euren Kindern hinaus ins Freie! Oder erlaubt es eure Zeit nicht, schickt sie zu den Ferienwanderungen! Lehrer und Lehrerinnen sind bereit, mit ihnen hinauszuziehen. Außer der Harztour (2.—7. Oktober. Anmeldungen zu dieser Tour nur bis zum 17. Sept.) sind Wanderungen nach dem Bungsberg (2. Oktbr.), nach Behlendorf (6. Oktbr.) und nach Genin-Büssau (8. Oktbr.) geplant. Karten sind in den Schulen, in den bekannten Verkaufsstellen und in der Geschäftsstelle der Kommission für Jugendwandern, Hüxstr. 69, zu haben.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Das geehrte Publikum wird hierdurch nochmals höflichst gebeten, zur „Faust"-Vorstellung pünktlich zu erscheinen. Während des Prologes im Himmel werden die Türen zum Zuschauerraum nicht geöffnet. Ein Öffnen der Türen wäre schon aus dem Grunde unmöglich, weil die während des Prologes auf der Bühne herrschenden Lichteffekte dadurch auf das empfindlichste gestört würden. Die Aufführung des „Faust" findet hier mit einer für Lübeck vollkommen neuen Inszenierung statt.

Segeberg. Rohe Burschen. Mehrere Knaben banden einen kleinen Hund so auf die Schienen der Kleinbahn an der Hamburger Straße fest, daß das Tier überfahren und getötet wurde.

Rondeshagen (Lauenburg). Durch Feuer zerstört wurden hier drei große Scheunen, deren eine noch im Bau begriffen und noch nicht versichert war. Die sämtlichen in den Scheunen lagernden Erntevorräte fielen den Flammen zum Opfer. Die Entstehung des Brandes wird auf Selbstentzündung zurückgeführt.

Lägerdorf. Folgenschweres Versehen. Die Frau des Arbeiters R. wollte den Inhalt einer Flasche prüfen und trank daraus. Sie traf eine Flasche mit Säure, erkrankte schwer und starb im Julienstift zu Itzehoe.

Lagerdorf. Vom Schlachtfelde der Arbeit. Auf der Breitenburger Fabrik wurde der in der Mühle beschäftigte Arbeiter Nonella beim Auflegen eines Riemens erfaßt und zum Teil mit herumgeschleudert. Dem Bedauernswerten wurde dabei ein Fuß abgerissen.

Hadersleben. Der staatsgefährliche Sänger. Der Kirchenvorstand wollte den dänischen Kammersänger Peter Cornelius zu einem kirchlichen Konzert kommen lassen. Vorsichtigerweise wandte sich der Propst Petersen erst an den Landrat mit der Anfrage, ob er es gestatte, daß der dänische Kammersänger auftrete. Der Landrat Dryander in Hadersleben verbot das Auftreten mit der Begründung: „Es ist Grundsatz, daß es dänischen Untertanen nicht mehr erlaubt werde, in Nordschleswig als Redner oder Sänger aufzutreten."

Ludwigslust. Mord. Am Donnerstag abend wurde von dem Revierförster Hopp in Pulverhof bei Rastow eine weibliche Person als Leiche aufgefunden. Die Leiche ist sehr modern gekleidet. Die bisherigen Ermittelungen haben ergeben, daß ein Mord vorliegt. Die Ermordete ist am letzten Sonntag mittag mit dem 2-Uhr-Zuge in Rastow angekommen und dort auf dem Bahnhofe von einem jungen Mann abgeholt worden, worauf beide den Weg nach Pulverhof eingeschlagen haben. Der Schmiedegeselle Karl Koch aus Uelitz, der unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet wurde, hat bereits ein Geständnis abgelegt. Er hat zugegeben, dem Mädchen mit seinem Taschenmesser einen Stich in den Hals gegeben zu haben. Koch hat früher mit dem Mädchen, einer Maria Hamberger vom Zirkus „Westfalia", ein Liebesverhältnis gehabt, und hat sie getötet, um zu verhindern, daß sie seine in Uelitz wohnenden Eltern besuche.

Rostock. Zur Rettung des Mittelstandes. Wie unser Mecklenburger Parteiblatt berichtet, wurde unter dem Titel „Mecklenburgisches Volksblatt" eine neue nationale Wochenschrift gegründet, weil alle Zeitungen die „nationale" Sache nicht hinreichend vertreten. In hervorragender Weise will sie sich des Mittelstandes annehmen, den „Regierung und Reichstag im Stiche lassen". Das „Volksblatt" will auch ein Auge auf die Arbeiterschaft werfen. „Der Arbeiter soll . . . seine Kräfte entfalten und aufsteigen in die höheren Schichten, wo wir ihn freudig begrüßen." Das Blatt behauptet ferner, die Konservativen seien wirklich nicht schuld an der Rückständigkeit des Volkserziehungswesens und schreibt dreist und gottesfürchtig: „Wir reden nicht von Mecklenburg, denn hier haben die Konservativen keinen Einfluß auf die Geschicke des Landes." Nach dieser politischen Auffassung der „Chefredaktion" kann die Zeitung vielversprechend werden.

Gnoien. 150000 Mark unterschlagen. Der Kaufmann Wachenhusen ist nach Unterschlagung von 150000 Mk. geflüchtet. Er war Vertreter der Firma Fritze u. Co. in Magdeburg.

Insel Amrum. Ertrunken. Ein 27jähriger Steuerassistent aus Hamburg wollte am Tage seiner Abreise noch ein Bad nehmen. Er begab sich an den Strand bei Kniepsand. Da er sehr lange ausblieb, machten sich Leute auf die Suche und fanden einen Teil seiner Kleidung, von der eingetretenen Flut ergriffen, treibend am Strand. Der Mann hat sich wahrscheinlich bei der Ebbe zu weit hinausgewagt und ist dann von der Flut überrascht worden. Die Unglücksstelle war zum Baden nicht freigegeben.

Aus Nah und Fern.

Breslauer Justiz. Ein Breslauer Richter macht wieder einmal von sich reden. Diesmal handelt es sich um den Landgerichtsrat und Geheimen Justizrat Flenck, der ebenfalls bereits aus zahlreichen politischen Prozessen, vor allem aus Prozessen gegen sozialdemokratische Redakteure bekannt ist. Dieser Tage saß er in der 4. Strafkammer in einem an sich sehr gleichgültigen Prozeß vor, der sich um das „Schmuhmachen" in der Konfektion drehte. Bei der Vernehmung der Angeklagten machten diese nach der Meinung des Vorsitzenden „Würgehände", um sich „aus der Schlinge zu ziehen". Herr Flenck ließ es nun nicht etwa dabei bewenden, den Angeklagten zu sagen, daß sie sich nur ja nicht über die Höhe der Strafe wundern sollten, die sie bei ihrem Leugnen voraussichtlich treffen würde, sondern er erklärte auch sehr laut: „Da wird uns immer vorgeworfen, wir sind weltfremd. Ihr (zu den Angeklagten gewandt) seid weltfremd. Wir lassen uns von Euch nicht dummmachen. Wir sind klüger, wie Ihr alle!" In noch ärgerer Weise aber ließ Herr Flenck sich gehen, als eine Entlastungszeugin eine Aussage machte, die mit der eines Konfektionärs im Widerspruch stand, der als Belastungszeuge erschienen war. Da brach der Richter zornig in die Worte aus: „Na, da haben wir's ja, was sagt man bloß zu dieser Kanaille." Die mit Kanaille titulierte Person ist eine 28jährige verheiratete und unbescholtene Frau, die als Arbeitgeberin bis 90 Nähmädchen beschäftigt. Wie verlautet, will sie gegen Herrn Flenck Strafantrag stellen. Natürlich steht von vornherein fest, daß es dem Richter nicht so ergehen wird, als manchem Streikfünder, über den er zu Gericht gesessen, wenn dieser einem Arbeitswilligen gegenüber ein unbedachtes Wort gebraucht hatte.

Zwei Kinder verbrannt. In Erfurt haben zwei Kinder durch die Unvorsichtigkeit ihres Vaters das Leben eingebüßt. In der Nacht zum Sonntag entstand durch Umwerfen einer Petroleumlampe in der Wohnung des Kutschers Melzer ein Feuer. Dabei verbrannten dessen beiden Töchter im Alter von vier und einem Jahr vollständig. Es steht fest, daß Melzer die Lampe in schwerer Trunkenheit umwarf.

Autounfall. Aus Limburg a. d. Lahn wird gemeldet: An einer unübersichtlichen Straßenkreuzung in der Nähe von Elz stürzte das Automobil des Kölner Industriellen Stamm in den Straßengraben und überschlug sich. Fünf Personen der Familie Stamm, Vater, Mutter und drei Kinder, wurden herausgeschleudert und erlitten teils Knochenbrüche, teils leichtere Verletzungen. Der Chauffeur wurde lebensgefährlich verletzt.

4facher Raubmord. Einer Meldung aus Leitmeritz zufolge wurde wegen vierfachen Raubmordes der Tagelöhner Müller aus Bischkowitz verhaftet.

Tragisches Geschick. Die 85jährige Frau Herrmann in Solingen, die erst tags vorher ihre diamantene Hochzeit gefeiert hatte, stürzte am Freitag aus dem Fenster ihrer Wohnung und war sofort tot.

Mord. Aus Straßburg i. Elsaß wird berichtet: Der Lehrer Schoenheitz in St. Kreuz hat eingestanden, die Lehrerin Weigel vorsätzlich erschossen zu haben, weil sie seinen Werbungen Widerstand leistete.

Schreckensszene im Wechselladen. In Großmoyeuvre im Elsaß wurde ein Raubmord verübt. In dem Spezereiwarengeschäft und Wechselladen von Clement erschien ein Mann, anscheinend ein Kroate oder Italiener, und verlangte ein Paket Tabak. Er legte ein Zweifrankenstück auf den Ladentisch. Als Clement das Geldstück nahm, sprang der Fremde plötzlich auf ihn zu, packte ihn an der Kehle und versetzte ihm mit seinem dolchartigen Messer einen tiefen Stich in den Hals. Clement lief laut um Hilfe rufend in die Küche, wohin ihm der Messerstecher folgte. Dort befand sich die Frau des Kaufmanns, die sich dem Verbrecher entgegenwarf. Dieser zog sein verborgen gehaltenes Messer zum zweitenmal hervor und tötete die Frau durch einen Stich in den Hals. Dann stürzte er sich auf die Tochter Marie, die ihren Eltern zu Hilfe eilen wollte. Auch sie erhielt einen lebensgefährlichen Stich in den Hals. In der allgemeinen Verwirrung ergriff der Mörder die Flucht und konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden. Wie verlautet, soll er in einer Maschinenfabrik angestellt gewesen sein. Nach Lage der Dinge hatte er es auf die Beraubung der Wechselkasse abgesehen.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Zug ereignete sich gestern in der Nähe von Paris. Die beiden Automobilisten wurden hierbei getötet.

Es wird die höchste Zeit,

daß jeder aufgeklärte Arbeiter, Handwerker und Handwerksgehilfe das

Lübecker Bürgerrecht

erwirbt. Im November dieses Jahres finden die

Bürgerschaftswahlen

statt.

Wer dann nicht Bürger ist, hat kein Wahlrecht!

Die Lübecker Bürgerschaft ist zwar eine Körperschaft, in der infolge eines schmählichen Klassen-Wahlunrechts der Wille der großen Mehrheit der hiesigen Bevölkerung nicht zur Geltung gelangt. Dennoch ist es dringend notwendig, daß sich die Entrechteten um die Bürgerschaftswahlen kümmern.

Es gilt durch die Stimmabgabe zu zeigen, daß die Lübecker Einwohnerschaft in der Hauptsache nicht von den 108 Erwählten des Geldsacks, sondern von den Sozialdemokraten vertreten wird.

Parteigenossen, Gewerkschaftler, Arbeiter! Sorgt deshalb mit dafür, daß jeder, der die Vorbedingungen erfüllt hat, lübscher Bürger werde!

Dazu ist es aber jetzt die höchste Zeit,

weil die vorzunehmenden Beschaffungen von Papieren usw. oft Monate in Anspruch nehmen.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
3) Militär-Papier.
4) Anmeldeschein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.

Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern):

5) Gewerbe-Anmeldungsschein.
6) Innungsmitgliedsschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind: außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
8) Geburtsschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens soviel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt in Lübeck, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeitersekretariat in Lübeck, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

* * *

Im **Landgebiet** wählt in diesem Jahre die vierte Klasse, zu welcher die Arbeiter und kleinen Leute gehören, in den Gemeinden Strecknitz, Wulfsdorf, Vorrade, Blankensee, Beidendorf, Krummesse, Kronsforde, Nieder-Büssau, Ober-Büssau, Genin, Moisling, Niendorf, Reecke, Moorgarten, Düchelsdorf, Sierksrade, Hollenbeck, Behlendorf, Albsfelde, Giesensdorf, Harmsdorf, Nusse, Ritzerau, Poggensee, Groß- und Klein-Schretstaken, Tramm.

Für die Arbeiter, die in diesen Bezirken wohnen, ist es unumstößliche Pflicht, lübsche Bürger zu werden! Dann wird die Hoffnung der Arbeiterfeinde gründlich zuschanden, die glauben, diesen Bezirk noch einmal behaupten zu können.

Beherzigt also die dringende Mahnung:

Erwerbt das Bürgerrecht!

Eine außergewöhnliche Flugleistung hat Freitag abend der Pilot Scheuermann, Flugschüler der Flugmaschinenwerke Gustav Otto, gelegentlich seines Feldpilotenexamens vollbracht. Scheuermann unternahm als Abschluß seiner Tagesleistung bei Vollmondschein von München aus einen Überlandflug über die oberbayerischen Seen hinweg in einer Höhe von 1500 Metern. Große Benzinfeuer auf der Feldmochinger Landstraße dienten dem Flieger bei seiner Rückkehr zur Orientierung und ermöglichten es ihm, auf dem Flugplatze trotz völliger Dunkelheit in prächtigem Gleitfluge niederzugehen. — Der französische Flieger August Seguin ist Sonnabend um 4½ Uhr nachmittags auf dem Flugplatz Johannisthal gelandet. Er ist Sonnabend früh in Paris gestartet, um sich um den Pommerpokal zu bewerben, der sich noch in den Händen Brindejones befindet. Den Flug Paris-Johannisthal hat Seguion ohne Zwischenlandung zurückgelegt. Sonntag will er nach Rußland weiter fliegen. — Der deutsche Flieger Friedrichs ist mit dem Konstrukteur Ettrich als Passagier um 11 Uhr 20 Minuten von Issy les Moulineaux zu einem erfolgreichen Flug nach London aufgestiegen.

Der Kampf um die Freiheit. Im Untersuchungsgefängnis in Marrinsk (russisches Gouvernement Toinsk) erwürgten 4 Gefangene ihre 3 Aufseher und entflohen.

Ein Brandschaden von einer Million. Freitag mittag hat ein Brand das Zoll- und Frachtmagazin in Ala (Tirol) eingeäschert. Hunderte von Frachtsendungen und Paketen mit den dazu gehörigen Dokumenten sowie fünf Güterwagen sind verbrannt. Der Schaden, der eine Million betragen soll, ist durch Versicherung gedeckt.

Genossenschaftsbewegung.

Detaillisten, Teuerung und Konsumvereine. Als in den Teuerungszeiten der Jahre 1911 und 1912 die Verwaltungen verschiedener deutscher Städte Versuche machten, das Allerschlimmste von den Konsumenten abzuhalten, wurden auch vereinzelt Konsumverine berufen, an den Notstandsmaßnahmen der Städte mitzuwirken. Um der schlimmen Fleischnot zu steuern, bezogen einige Städte ausländisches Fleisch, zu dessen Verkauf auch Konsumvereine herangezogen wurden. Außer den Konsumvereinen hatte man aber auch den Kleinschlachtermeistern die gleiche Aufgabe überwiesen. Nachdem nun einige Monate ins Land gegangen sind, erzählt die Kleinhandelspresse dem Publikum ganz vergnügt, die Konsumvereine hätetn zur Zeit der Teuerung vollkommen versagt. Einzig — der Kleinhandel habe seine riesige Leistungsfähigkeit bewiesen. Eine dieser Kleinhandelsorgane, die „Kolonialwaren-Zeitung", beweist diese Leistungsfähigkeit des Kleinhandels an der von ihr wohl allein angenommenen Leistungsunfähigkeit des großen Leipziger Konsumvereins. Die Stadt Leipzig übertrug den Verkauf eines Quantums ausländischen Fleisches an den Konsumverein Leipzig-Plagwitz, indem er ihm die Verkaufspreise vorschrieb. Ein Profit im kleinhändlerischen Sinne war dabei nicht zu erzielen, was man allerdings auch schon vorher wußte. Als das überwiesene Quantum Fleisch die Nachfrage nicht deckte, kaufte der Konsumverein dasselbe Fleisch bei privaten Händlern zu zu einem höheren Preis als dem von der Stadt gewährten. Aus der Tatsache nun, daß der Konsumverein Leipzig-Plagwitz bei dem Verkauf ausländischen Fleisches keine Seide spann, folgert die „Kolonialwaren-Zeitung" die Ueberlegenheit des Kleinhandels. Dasselbe beweist die genannte Zeitung auch an zwei anderen Beispielen: aus Aschersleben, wo der Konsumverein ebenfalls Fleisch verkaufte, und aus Eßlingen, wo es sich um den Verkauf von Seefischen handelte. Der Konsumverein Aschersleben wollte der Teuerung entgegenwirken, indem er mit Absicht mit geringem Nutzen in seiner Fleischerei arbeitete. Der Umsatz in der Konsumgenossenschaftsfleischerei stieg in einzelnen Monaten bis zu 40 Prozent vom Umsatze seines ganzen Geschäfts. Der Konsumverein zog nun aus seiner Geschäftsgebarung den Schluß, das finanzielle Gesamtergebnis des Teuerungsjahres sei, gemessen an den Ergebnissen anderer Jahre, schlechter geworden. Die Hauptsache aber, den Mitgliedern die Teuerung etwas erträglicher zu machen, sei durch den Verkauf billigen Fleisches erreicht worden. Nahezu 10 000 Mark hätten die Mitglieder direkt beim Fleischeinkauf erspart. Gegenüber diesem etwas ungewöhnlichen Maße von Selbstgerechtigkeit des Kleinhandels sei einmal an folgende Tatsache erinnert: Als es galt, die Teuerung zu bekämpfen, zeigte sich recht bald, daß die Fleischer nicht geneigt waren, auf den ihnen in der Teuerungszeit winkenden Profit im Interesse des Gemeinwohls zu verzichten. In sehr vielen Fällen ist es zu äußerst heftigen Kämpfen zwischen Stadtverwaltungen und Fleischermeistern gekommen. Das weiß die „Kolonialwaren-Zeitung" gerade so gut, wie es die ganze Oeffentlichkeit weiß, und sie weiß auch ferner, daß in vielen Orten die Konsumvereine einsprangen, die Arbeit zu verrichten, die die Fleischer hätten verrichten müssen. Es ist in diesem Falle einfach gar keine Vergleichsmöglichkeit für die Leistungsfähigkeit des einen oder anderen Teiles gegeben. Die Schlachtermeister entzogen sich doch der Aufgabe, ausländisches Fleisch auszuschlachten. Lediglich die Konsumvereine übernahmen die für sie ganz gewiß nicht leichte Aufgabe, der Not nach Kräften zu steuern. Etwas mehr Bescheidenheit wäre in dieser Sache den Organen des Kleinhandels dringend anzuraten.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Unerquickliches von der Firma Brügmann u. Sohn.

Wie die Firma Brügmann u. Sohn manchmal mit ihren Arbeitern verfährt, dafür liefert nachstehend geschilderter Fall einen klaren Beweis. Am Donnerstag, dem 4. September, hatten mehrere Arbeiter auf den Vorwerker Wiesen einen Akkord beendet. Am nächsten Lohnzahlungstage, 5. Sept., hätte also abgerechnet werden können, damit die Leute zu ihrem sauer verdienten Gelde gekommen wären. Das geschah jedoch nicht. Als auch am nächsten Zahlungstermin, 11. Sept., das Akkordgeld nicht ausgezahlt wurde, fragten die Arbeiter an, ob sie ihr Geld nicht erhalten könnten. Jedoch Lagermeister Brunkhorst erwiderte dem Fragesteller, daß er sein Geld erhalten könne, dann müsse er aber aufhalten. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen erklärte der Herr noch, der Arbeiter sei an und für sich ein bißchen frech. Wer also nach tagelangem Warten sein Geld fordert, ist frech. Wirklich eine nette Auffassung von den Rechten eines Arbeiters. Zwei weitere, ebenfalls an der Forderung beteiligte Arbeiter wurden strafversetzt. Als das Geld ausbezahlt wurde, stellte sich heraus, daß noch 1,86 Mk. fehlten. Erst auf Reklamation hin erhielten die Arbeiter auch dieses Geld. Wie man sieht, herrschen recht nette Zustände auf diesem Platz. Hier kann nur die Organisation bessernd und helfend eingreifen. Desalb ist es notwendig, daß sich alle Arbeiter noch fester als bisher zusammenschließen und Solidarität üben. An letzterem hapert es aber auch noch, denn sonst wäre es nicht möglich, daß sich immer noch Kollegen finden, die bei passender oder unpassender Gelegenheit ihre Arbeitsbrüder bei den Arbeitgebern oder deren Vertretern anschwärzen.

Mehrere Arbeiter.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"